

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Reklamazeile 4.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pfennig (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 30. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bessere Aussicht für den Garantiepakt.

Der britische Kabinettsbeschluss. — Gibt Frankreich nach?

London, 29. Mai. (W.T.B.) Reuter teilt mit: Das Kabinet hat verschiedene Fragen geprüft, die sich aus dem in Beantwortung der deutschen Vorschläge von Frankreich ausgearbeiteten Entwurf einer Note über die Sicherheitsfrage ergeben.

Wenn diese Hoffnung erfüllt ist, so darf die französische Antwort als Ansicht der Alliierten betrachtet werden. Diese Auffassung gründet sich allerdings auf die Hoffnung und den Glauben, daß Frankreich die von England vertretenen Ansichten annehmen wird.

Optimismus in Paris.

Paris, 29. Mai. (W.T.B.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas erzählt, daß der englische Botschafter in Paris, Lord Crowe, heute mittag am Quai d'Orsay eine Note betreffend das französische Memorandum über die der deutschen Regierung zu erteilende Antwort übermittelt habe.

Der Ton dieser beiden offiziellen Auslassungen ist auffallend optimistisch, besonders im Vergleich zu den schwarzfeberischen Kommentaren der Londoner und der Pariser Presse in den vorangegangenen Tagen.

Es ist unter diesen Umständen erstaunlich, daß der Havas-Kommentar die Auffassung zum Ausdruck bringt, die englische Antwort befriedige in wesentlichen den französischen Standpunkt. Man müßte daher annehmen, daß Briand einen Rückzug vorbereitet und nur noch in der Frage der von Deutschland mit englischer Unterstützung vorgeschlagenen Schiedsgerichtsverträge mit seinen östlichen Nachbarn irgendwelche Konzessionen von Chamberlain abzurufen hofft.

amerikanischer Seite auf Frankreich hinter den Kulissen nicht denkbar.

Aber selbst wenn Frankreich tatsächlich einlenken sollte, so dürfte eine endgültige Einigung noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Denn der Weg zu einem solchen Einverständnis führt über Genf, wo in den nächsten Tagen anlässlich der Tagung des Völkerbundes nicht nur Chamberlain und Briand, sondern, wie verlautet, auch noch Benesch miteinander konferieren wollen.

Zusammenkunft Chamberlain-Briand-Benesch in Genf.

London, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Presse berichtet übereinstimmend, daß anlässlich der Juni-Tagung des Völkerbundes wichtige diplomatische Beratungen zwischen Chamberlain, Briand und wahrscheinlich auch Benesch geführt werden sollen.

Eine deutsch-offizielle Stimme.

Die vom W.T.B. neu ins Leben gerufene „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“, die unter der Leitung von der Wilhelmstraße inspiriert wird, schreibt zur gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Paris und London u. a.:

„Vom deutschen Standpunkt aus ist jedenfalls festzustellen, daß die völlige Zurückhaltung, die gegenüber den Auseinandersetzungen zwischen Paris und London beobachtet wird, nicht nur wegen des Fehlens authentischer Informationen über die tatsächlichen Vorgänge den einzig möglichen Kurs darstellen.

Ueberreichung der Entwaffnungsnote. Einigung in der Votschastertkonferenz.

Paris, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission ist am Freitag vormittag zusammengetreten, um die auf die Aufzählung der von der Kontrollkommission festgestellten deutschen Verfehlungen enthaltene, und zwar die Rekonstruktion des Großen Generalstabes, Ueberreichung der durch den Friedensvertrag festgesetzten Truppenstärke und des zulässigen Waffenmaterials, die unvollkommene Umwandlung der früheren Rüstungsindustrie, die Militarisierung der Sicherheitspolizei und die Unzulänglichkeit der einschlägigen Befehlsgabe.

Die Votschastertkonferenz wird am Sonnabend vormittag zusammentreten, um die interalliierte Note über die Entwaffnung Deutschlands in ihrem Wortlaut festzulegen. Da in diesem Punkte volle Uebereinstimmung zwischen den Kabinetten von London und Paris herrscht, dürfte die Note wahrscheinlich schon am Dienstag kommender Woche durch einen kollektiven Schritt der ausländischen Vertreter in Berlin dem Reichskanzler überreicht werden.

Reuter meldet hingegen, daß infolge technischer Schwierigkeiten die Ueberreichung erst Ende der kommenden Woche erfolgen dürfte.

England und der Sicherheitspakt

(Von unserem Korrespondenten.)

London, Ende Mai.

Während in Paris die Indiskretion über die innersten Vorgänge zu den gebräuchlichsten Methoden der Politik gehört und kaum jemals eine Entscheidung amtlich veröffentlicht werden kann, die nicht in ihren Umrisen oder gar in ihren Einzelheiten der Öffentlichkeit schon bekannt sind, ist die englische Tradition solchen Methoden im Innersten entgegengekehrt.

Freilich, die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die bevorstehenden weittragenden Entscheidungen sind in weitestem Ausmaße bekannt; trotzdem muß aber der Ausgang der Beratungen des Kabinetts mit Spannung erwartet werden, weil alles mehr oder minder von der Stellung abhängen wird, die Baldwin zu den gegenwärtigen außenpolitischen Problemen und zu dem vorliegenden Memorandum Chamberlains einnehmen wird.

Die folgende Schilderung der Situation im Kabinet, die dem „Manchester Guardian“ von besonderer Seite zugeht, gibt einen Ueberblick über die im Schoße der Regierung herrschenden Strömungen und Stimmungen.

„Die Regierung ist zwischen sogenannte „Isolationisten“ und „Kontinentalen“ geteilt, wozu hinzutritt, daß die letzteren wiederum in zwei entgegengesetzte Lager zerfallen.“

Hierzu muß zum Verständnis bemerkt werden, daß man sich angewöhnt hat, als „Isolationisten“ diejenigen Politiker zu bezeichnen, die mit Hinweis auf angebliche oder tatsächliche Notwendigkeiten des britischen Weltreichs als ganzem eine völlige Zurückziehung der englischen Politik aus der kontinentalen und europäischen Politik fordern.

„Es wird erbeigebungen“, so fährt der Bericht des „Manchester Guardian“ fort, „daß Baldwin nunmehr persönlich eingreifen müssen. Er hat bisher wenig Zeit für die äußere Politik gehabt.“

Der letzte Kabinettsrat, dem wichtige außenpolitische Entscheidungen vorlagen, mußte ohne Baldwin abgehalten werden, da dieser an das Krankenlager seiner Mutter gerufen worden war. Es war der Kabinettsrat, der am 4. März, am Vorabend von Chamberlains Abreise nach Paris und Genf, abgehalten worden ist.

Die „Isolationisten“ argumentieren wie folgt: nicht nur sei Abstinenzpolitik gegenüber dem Kontinent in diesem Augenblick ebenso das Gebotene, wie sie es immer gewesen sei; Großbritannien's Sicherheit aber müsse in einer Verständigung mit den großen überseeischen Seemächten und nicht mit den europäischen Landmächten gesucht werden.

Die beiden Richtungen unter den „Kontinentalen“ trennen sich darin, daß die einen Konzessionen an die französischen Gesichtspunkte fordern, die anderen den deutschen Bedenken entgegenkommen wollen.

das Kabinett nunmehr die Gedankengänge der Isolationisten ernsthaft erwägen wird.

Die unmittelbare peinliche Frage ist, was man mit der Briand-Note anfangen solle. Da die Note in England vorgelegt worden ist, so könne London schwerlich um eine positive oder negative Meinungsäußerung herumkommen.

Im Zusammenhang mit dieser Darstellung der inneren Situation, in der sich das Kabinett zur Stunde befindet, ist es nicht uninteressant, daß auch die „Times“, die über lauffende Angelegenheiten kaum ein Wort schreibt, das nicht die volle Zustimmung des Foreign Office hat, darauf hinweist, daß es sich bei den dem Kabinett vorliegenden Fragen nicht etwa nur um die französische Note zum deutschen Vorschlag, sondern um eine grundsätzliche Klärung der britischen Außenpolitik handle, wobei das Genfer Protokoll, trotzdem es vielfach totgesagt worden sei, wieder in die Diskussion geworfen wurde.

So werden die nächsten Tage außenpolitische Entscheidungen von weitestreichender Bedeutung bringen, Entscheidungen, deren Ernst der europäischen, einschließlich der britischen Öffentlichkeit nur darum nicht bewußt ist, weil sich alles nicht dramatisch, im Rahmen von Staatsmännerversammlungen und Konferenzen, sondern völlig lautlos hinter den verschlossenen Portieren des Auswärtigen Amtes abspielt.

Es kann aber nicht verschwiegen werden, daß die Rückentwicklung der europäischen Lage, wie sie seit Macdonald deutlich zu beobachten ist, und der unverkennbare Nynismus, der sich seither in beinahe allen Auswärtigen Ämtern Europas gegenüber den brennendsten Fragen der Sicherheit und des Friedens breit gemacht hat, hier in England alle wahren Freunde des Friedens mit größter Sorge erfüllt hat. Man glaubt feststellen zu können, daß sich Schritt für Schritt wieder eine Situation entwickelt, die der Lage Europas vor dem Krieg verdammt ähnelt. Mit Erschütterung, wenn auch nicht resigniert, stellt man fest, daß die herrschenden Klassen aller Länder aus dem Kriege nichts gelernt und von ihren alten, gefährlichen Methoden nichts vergessen zu haben scheinen.

Föderalismus und Unrecht im Bunde.

Ein Gesandnis der Bayerischen Volkspartei.

Der „Bayerische Kurier“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, bespricht den Beschluß des Reichstags, der das Wiederaufnahmeverfahren gegen Urteile bayerischer Volksgerichte einführt, in einem Artikel, der ein bemerkenswertes Gesandnis enthält. Es heißt darin:

„Bei jeder Wahrung wahrhaft föderalistischer Interessen kommt es ein doppeltes Rechtsgut in Frage, einmal das formelle Rechtsgut des Staates als solcher und sodann das inhaltliche Rechtsgut, um das sich der Justizstreit dreht. Eine erfolgreiche und wirksame Verteidigung föderalistischer Interessen wird nur dann möglich sein, wenn nicht nur das formelle Recht (das Recht auf die Wahrung der föderalistischen Staatshoheit), sondern auch das inhaltliche Recht auf der Seite des Verteidigers steht. Im gegebenen Falle aber bietet die Verteidigungstellung Bayerns insofern eine Blöße, als der unantastbare Anspruch inhaltlich — wenn auch ohne jede Verschuldung Bayerns — eine gewisse Berechtigung aufweist. Man darf wohl zur gegenwärtigen Staatsregierung das unbedingte Vertrauen hegen, daß sie bei der Abwehr des neuen Eingriffes die verschiedenen, zum Teil einander gegenüberliegenden Gesichtspunkte so abwägt, wie es das wahre moralische Interesse Bayerns verlangt.“

Das heißt: der föderalistische Anspruch fordert die Vermittlung eines Unrechts. Es heißt weiter, daß die Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens sachlich berechtigt ist. Es heißt ferner, daß der Einspruch Bayerns und des Reichsrats föderalistische politische Erwägungen höherstellt als die Sorge um die Rechtssicherheit. Und trotz dieser Anerkennung der sachlichen

Berechtigung des Beschlusses des Reichstags wird die bayerische Regierung aufgefodert, auf dem Einspruch zu verharren. Föderalismus und Unrecht im Bunde — und da redet man noch vom „moralischen Interesse Bayerns“.

Der fehlende Führer.

Und Hindenburg?

Die „Pommersche Tagespost“ bemüht sich in einem Beitrage um den Nachweis, daß das deutsche Volk einen Monarchen, einen Führer brauche. Sie weist darüber, daß das deutsche Volk keinen Führer gehabt habe, und prägt folgenden Satz: „Wir brauchen zusammen, sobald uns der Führer fehlt, der die Deutschen zusammenhält in Treue und Tapferkeit, in ritterlicher Gesinnung und Pflichtgefühl. Ohne einen solchen geht's nicht.“ Und wie ist's mit Hindenburg? Wir brauchen zusammen unter der Führung Hindenburgs. Er war also nicht der Führer, von dem das deutschnationale Organ schwärmt. Ist er es jetzt?

Das Trauerspiel in Sachsen.

Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten.

Dresden, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Heute Nachmittag wurde im sächsischen Landtag die Gemeindeordnungsnovelle in dritter Lesung mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen Mehrheit angenommen. Das von der sozialdemokratischen Minderheit eingebrachte Mißtrauensvotum gegen den aus der Partei ausgeschlossenen Innenminister Rag Müller wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Minderheit und der Kommunisten abgelehnt. Auch die Deutschnationalen stimmten gegen das Mißtrauensvotum. Sie erklärten, daß sie damit dem Minister Müller kein Vertrauensvotum aussprechen wollen, aber daß sie sich die Begründung des Mißtrauensvotums nicht zu eigen machen könnten.

Soll es denn Ernst sein?

Golz rüffelt Geßler.

Der Reichswehrminister hat bei der Beratung des Reichswehretats im Reichstag pointierte Worte gegen die Soldatenspieler der Vaterländischen Verbände gesprochen. Daraufhin veröffentlicht der General der Vaterländischen Verbände folgenden Ruffel für Geßler:

„Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll der Reichswehrminister Geßler im Reichstage das Treiben der sogenannten Vaterländischen Verbände als „öde Soldatenspielererei“ gegeißelt haben. Wir stellen demgegenüber fest, das wir, wie die mit uns zusammenarbeitenden Verbände seit Jahren stets darauf hingewiesen haben, daß die körperliche und charakterliche Erziehung der Jugend sich von jeder Soldatenspielererei fernzuhalten habe.“

Es soll keine Soldatenspielererei sein, was die sogenannten Vaterländischen Verbände betreiben, wenn sie exerzieren, Schießübungen veranstalten und Manöver abhalten. Bleibt nur der Schluss, daß sie solche Spielererei für Ernst nehmen — und dann hätte der Reichswehrminister erst recht Gelegenheit, sie zu geißeln.

Golz und Kutischer.

In einer neuen „Berichtigung“, die abermals den Erfordernissen des Preßgesetzes widerspricht, erklärt uns Graf v. d. Golz, ein Major Bauemier sei weder ihm noch anderen Herren seines Stabes bekannt gewesen. Und doch hat ein Major Bauemier (oder Bauemier) existiert, der angeblich dem Armeekorpskommando Ost anzu gehören und in Kutiskers Dienste trat. Seine Ladung wurde seinerzeit vom Untersuchungsamt des Landtages beschlagnahmt, doch kam die überraschende Antwort, er sei toben gestorben!

Golz v. d. Golz vermahnt sich gegen die Behauptung, daß hohe militärische Stellen seines Oberkommandos Heeresgut an Ort und Stelle verschleudert hätten. Er meint, es wäre Sache des „Vorwärts“, einen solchen Nachweis zu erbringen. Gerade im Falle Kutischer — der nur einer unter hunderten war — müßte die

weitere Untersuchung ergeben, welche Art von Beschäften Kutischer mit den deutschen militärischen Stellen getätigt hat.

Schließlich bestreitet Graf v. d. Golz, daß er ein von Major Bauemier vorgelegtes Empfehlungsschreiben für Kutischer unterschrieben habe, da er weder den einen noch den anderen kenne. Der Ausschuss hat von der Staatsanwaltschaft die Vorlegung der Empfehlungsschreiben Kutiskers verlangt und da dürfte sich dieser letzte Punkt bald auflären lassen.

Vor neuer Lösung in Belgien.

Ein Kabinett ohne Ministerpräsidenten?

Brüssel, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand beschloß, den sozialistischen Generalrat für Dienstag einzuberufen. Bis dahin dürfte die Krise äußerlich kaum Fortschritte machen und der König keinen neuen Auftrag erteilen. Inzwischen werden die Verhandlungen eifrig fortgesetzt. Der Plan eines demokratischen Ministeriums steht weiter im Vordergrund; die Sozialisten und Katholiken scheinen nicht weit entfernt von einer Einigung über das Programm und die Verteilung der Ämter. Vorläufig bildet die Belegung des Präsidiums das größte Hindernis, weil es von beiden Parteien beansprucht wird. Darum ist der Gedanke aufgetaucht, überhaupt keinen Premierminister (?) einzusetzen. Die 10 Portefeuilles würden dann verteilt zwischen 5 Sozialisten und 5 Katholiken oder, wenn die Liberalen sich beteiligen, 4 Sozialisten, 4 Katholiken und 2 Liberale. Vanderploeghe übernahm dann das Außenministerium.

Opfer der KPD.

Schwere Strafen für Hochverrat.

Leipzig, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich am Mittwoch vormittag der Hobler Dito Gaedecke aus Berlin zu verantworten. Gaedecke war Funktionär der KPD und hatte am 16. Dezember 1923 angeblich für einen Lebekannten zwei Kämmlinge in der Wiener und Wesseler Straße zu Berlin gemietet. Dafür erhielt er 25 Dollar. In diesen Räumen wurden mehrere Kisten mit „Maschinen“ eingekleidet; in Wirklichkeit waren es sieben Maschinengewehre und eine große Menge von Gewehren. Bei seiner Verhaftung fand man bei Gaedecke einen geladenen Revolver. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete wegen Beihilfe zum Hochverrat und Verheimlichung eines Waffenlagers auf ein Jahr sieben Monate Gefängnis. Zwei Monate gelten durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Leipzig, 27. Mai. (M.B.) Vor dem Ersten Strafsenat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hatte sich der Kunstgewerbler Bruno Seidel aus Oranienburg wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu verantworten. In der Zeit vom Juli bis Oktober 1923 hatte der Angeklagte in mehreren Städten Thüringens kommunistische Hundertkämpfer gegründet. Auch wurde er beschuldigt, in verschiedenen Bezirken Partisanengruppen gebildet zu haben. Der Reichsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 10 Monaten. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. Die Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

Hamburg, 27. Mai. (M.B.) Im Schiffbuder Kommunistenprozess wurde heute mittag das Urteil gegen die in der 5. Staffel angeklagten 30 Personen von der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Altona verkündet. Es wurden Festungstrafen verhängt von 2 Jahren 9 Monaten bis zu 1 Jahr 1 Monat und Geldstrafen von 150 M. bis 30 M. 14 von den Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen die 6. Staffel wird am 5. Juni verhandelt werden.

Der Militärschriftsteller Oberleutnant Kepington ist infolge eines Schlaganfalls gestorben. Er war der im Weltkrieg am meisten zitierte Kriegssachverständige der englischen Presse. Er wirkte zunächst in der „Times“, später im „Daily Telegraph“.

Die Londoner Sowjetbotschaft unter Polzejschuh, die Londoner Polizeibehörde hat eine Bewachung der Sowjetbotschaft durch bewaffnete Polizisten angeordnet, da gegen einige Mitglieder der Botschaft Drohungen ausgeföhrt worden sind.

Die jungen Hunde.

Von Max Hayel.

Wenn die jungen Hunde zur Welt kommen und lebend und beweglich werden, wenn der erste frische Schuß von Kraft in die Körperlein fährt, dann ist diese Kraft nichts anderes als Liebe! Wo ist ein Mensch, der einem jungen Hunde ein freundliches Wort sagt, ohne daß der junge Hund Konvulsionen der Liebe erleidet, Paroxysmen der Zärtlichkeit und Fieber der Zuneigung, so daß er sich fallend auf den Rücken werfen oder gänzlich herumtrollen muß, weil er so viel Liebe einfach nicht aushalten kann? Wo ist ein Mensch, den ein junger Hund nicht mit hunderttausend Küssen segnen will, dem er nicht zustreben will im brüderlichsten und schweßerlichsten alle Gefühle, dem er nicht offenbaren will, daß er nur ihn liebe, nur ihn, und sonst nichts auf der Welt? Wo ist der Mensch, der sich nicht wehren muß gegen so viele Liebe, die ein Hündlein übrig hat, immer und immer wieder bereit, sie hinzuschütten aus unerschöpflichem Vorrat, ja, sie wahllos hinzuschütten an jeden, der des Wegs kommt? „Laßt mich euch liebhaben, ihr Menschen, ich bin verliebt in euch, laßt mich euch liebhaben!“ — das glänzt aus den frischen Augen heraus, das spielt das Jünglein, das gestikulieren die Pfötchen, das verkündet der Liebeskrampf des Körpers, der sich windet und wälzt und zuckt in verströmender Lebensamonne. „Ich bin ja so froh, daß ich da bin!“ reden die stummen bewegten Lippen, „es ist einfach zum Tollwerden schön und köstlich auf dieser unvergleichlichen Erde, ja, ich lebe in einem Delirium der Herrlichkeit! Seid umpfotet Millionen, diesen Kuh der ganzen Welt!“

Es ist ein Paradieszustand des Hundes. Und nun kommt der Mensch, der „Herr“, mit dem Plammenschwert der „Dressur“ und jagt die jungen Hunde aus dem Garten Eden.

„Man muß dem Hunde die Liebe abgewöhnen — ein Hund, der jedem zugeht, das ist kein Hund, das ist ein charakterloses Hundevieh!“

So spricht der Herr selbstherrlich und prügelt dem Hunde die allgemeine Menschenliebe aus dem Weibe, indem er ihn lehrt, nur ihm gehorchen zu sein, nur ihn zu lieben. „Du sollst keinen Menschen haben neben mir“, spricht der Herr, „denn ich bin der Herr, dein Gott, der dir das Futter gibt und die Hundemarke für dich bezahlt!“

Und die jungen Hunde werden nüchtern und sachlich, und erlangen Unterordnungsvormögen. Sie erfahren, was gut und böse ist. Sie werden sozusagen vernünftig. Zwar, es fällt ihnen nicht leicht, die Liebe zu verlieren — aber andauernde Prügel verhelfen ihnen nach und nach zur reinen und praktischen Vernunft und zur Urteilskraft ohne Kritik. Ihre Liebe ist gemessen und wird nur im Hause verbraucht. Die anderen Menschen sind ihnen gleichgültig geworden, ja, sie empfinden sie sogar unangenehm und zeigen ihnen die Zähne, Liebesföhungen werden nicht selten mit Schnappen erwidert und sind unerwünscht. Es sind überhaupt verdächtige Leute, diese

Fremden. Man muß sie anbellern, wegbellern. „Seid umpfotet Millionen!“ — abgelebte Zeiten! Verschollene Jugendesel!

Ja, der junge Hund ist endlich geworden wie der alte Mensch: lieblos, mißtrauisch, die Welt verdächtigend und das schlechtesten von ihr erwartend! Der junge Hund ist endlich geworden wie wir alle sind: lieblos, nüchtern, sachlich. Sein Vorrat an Liebe, der einmal unererschöpflich war: er reicht gerade noch für einen einzigen Menschen, bestenfalls für eine Handvoll Menschen aus!

So ist das Leben.

Wo ist denn deine Liebe, deine überströmende, überquellende Liebe, die wie eine heiße Springflut uns entgegenstößt, wo ist deine tosende Zärtlichkeit, dein Paroxysmus der Freundschaft, wo sind deine Konvulsionen des Glücks? Wo ist deine hüpfende Fröhlichkeit, dein drolliges, kriechendes Heranrollen, dein demütvolles Sichbücken zum Empfang der streichelnden Berührung der Menschenhand, die für dich Himmel zu verschicken hatte?

Wo ist das alles hin?

Wo ist dein unbegrenztes, fragloses Vertrauen, das sich hingab in der Ueberfülle schäumender Lebenslust und erster, paradiesischer Freude?

Wo ist das alles hin?

Nun, ich weiß es: in die neugeborenen Hunde ist es hineingefahren, dort lebt es wieder auf! Sie stellen den glücklichen Urstand wieder her und offenbaren so die angeborene Herrlichkeit Gottes.

Nachtrag zur Großen Kunstausstellung.

Von der „Großen Berliner“ hat sich diesmal eine Gruppe unter Führung von Baluschek abgesplittert und stellt als „Arbeitsgemeinschaft im Verein Berliner Künstler“ gesondert in sehr hübschen Räumen des Deutschen Opernhause (Bismarckstr. 34) aus. Die Qualität mag hier etwas besser sein als in Roabit und sich der in der Akademie nähern: was immer noch kein Grund zum Absichtsziehen wäre. So hat man das zweifelhafte Vergnügen, die Berliner Kunst an drei sehr weit auseinander liegenden Orten aufzulesen.

Im Erdgeschoß können an Gemälden genannt werden: Die wichtigen Arbeiterbilder Sandrass (Nr. 77, 78) und die pessimistischen von Baluschek (1—3); elegante Porträts von D. Marcus (63, in Silbergrau) und Lünstroth (61); sympathische Landschaften von Thiele (86, 87), Böcher (10), ter Hell (39) und vor allem der fastige breit gemalte Geneser Park von Klein von Diepold (52), von dem es auch schöne Aquarelle gibt (251).

In Aquarellen von Rang fehlt es überhaupt nicht. Philipp Franz landte farbige Landschaften (227—231), Ulrich Hübner (245a). Dito Heinrich (236—237), H. Bremer (190—192 — dieser am Treppenaufgang —) sind mit sehr schönen Proben ausgezeichnet aquarellierter Landschaften verireten. U. B. Baum (170—176) fällt durch verlegene und wenig trefflichere Phantasien auf.

An Skulpturen mögen vermerkt werden: ein naiver hübscher Wächterakt von Ric. Schmidt (148), gute Bögel von

Bordernayer (155—157) und - die lebendige Statue von P. Gruson (116), dessen großer Frauenakt im Oberst (114) trotz ausgezeichneter Modellierung ihr nicht die Woge hält. Doch sind beide, wohl Eingebungen nach dem gleichen Modell, zweifellos das Beste, was an Bildhauerei zu sehen ist.

Steigt man die Treppe hinauf, so überrascht in der Ecke ein wichtig geistiger und lebensvoller Baby-Akt von G. Rorin (134), eine Kokotodame in pikanter Entkleidung. Das Niveau der Gemälde ist hier oben eher noch gesteigert. Man trifft gute Bilder von E. Dettmann (15—18), vor allem Blütenbüchse in fröhlicher Bouchemalerie, Landschaften O. H. Engels (24, 26), Ulrich Hübner (42), eine entzückend detaillierte „Wiese“ von Barin (5) und sehr lebenswürdige märkische Landschaften Schmid-Casselas in heiterer Hellhörigkeit (79, 80), ein originelles „Pavillon“ von Birkle (7), hübsche offene Landschaften von Jüllch (46, 47), dazu zwei Prospektive von Rinderbüden: Den derben „Peter“ Piontes (70), zu dem sonst religiöse Bilder kein großes Vertrauen erwecken, und ein frisches Mädchen von B. Breit (12) in schöner toniger Malerei.

Prinzipiell wäre über diese Darbietungen kaum etwas zu sagen: es sei denn, daß sie eine sympathische, nicht extrem moderne und nicht allzu altmodische Art bringen, die Wirklichkeit in Farbe oder Bildnerform zu sehen.

Dr. Paul J. Schmidt.

Ernährung der Großstadtkinder. Untersuchungen von Meyer und Ralfau im städtischen Waisenhaus zu Berlin haben ergeben, daß die forstutartigen Erkrankungen der kleinen Kinder, auch Hauterkrankungen u. a. mit der Beschaffenheit der Kindermilch zusammenhängen. Versuche an Meersehweinen zeigten, daß die Milch der Berliner Großmolkereien nicht imstande ist, den Störstoff zu verhüten. Der Grund kann nicht in der langen Zeit zwischen Gewinnung und Verbrauch liegen, rohe Kuhmilch wirkt ebenso antistörstofflich, ob sie frisch gegeben wurde oder nach 24 Stunden lagern auf Eis. Pasteurisation, Zusatz von Hydroperoxyd u. dgl. haben das Vitamin C zerstört. Man sollte also mindestens in der Großstadt Sorge tragen, daß man den Kindern schon vom dritten Lebensmonat ab frische Obststoffe verabreicht, da auf den Vitamingehalt der Milch kein Verlaß ist. Auch die ungünstigen Erscheinungen, die man mehrfach bei Ernährung mit Riegenmilch fand, sind auf Vitaminmangel zurückzuführen. Die Milch einer mit Grünfütter ernährten Ziege enthält so wenig Vitamine C, daß man Meersehweinen damit wohl ein wenig länger als ohne Vitamine, aber nicht dauernd am Leben erhalten kann.

Die Staatsoper verankaltet auch in diesem Sommer Operetten-Aufführungen in der Oper am Königsplatz. Gegeben wird „Der Stern von Kinnon“, Musik von Richard Goldberger, Text von Georg Dantonski und Ralph Arthur Roberts. Das Werk kommt bei dieser Gelegenheit zur Uraufführung. Erste Vorstellung am 1. Juli. Musikalische Leitung Kapellmeister Artur Gutmann, Isemische Oberregisseur Karl Holz.

Die neue Kunstausstellung, Tausendlerstr. 6, verankaltet im Juni eine Kollektionsausstellung von Zeichnungen, Pastellen und Aquarellen des Malers Frank Rautz, dem Mitarbeiter der Staatlichen Theater. Gezeigt werden Szenenbilder, Entwürfe, Figuren und Schauspielporträts erster Bühnen.

Der Kölner Städtetag.

Ergebnisse und Bedeutung.

E. R. Köln, 29. Mai.

Die von der Presse der Schwerindustrie beherrschte öffentliche Meinung ist den deutschen Gemeinden im allgemeinen nicht günstig gesinnt. Die Krise der sogenannten „Wirtschaft“ vertreten mit Nachdruck die Theorie, daß es den Gemeinden „zu gut geht“, daß die Gemeinden an „Verschwendungsucht“ leiden und daß das Reich den Daumen auf den Beutel der städtischen Kassen halten müsse. Es kommt hinzu, daß die allgemeine Entwicklung dazu geführt hat, die starke Stellung der Städte und Gemeinden im öffentlichen Leben vorübergehend scheinbar zurückzudrängen. Vor dem Kriege lebte in den Lagungen der deutschen Städte etwas von dem alten freiherrlichen Geiste früherer Städtebünde. Die großen Organe der Selbstverwaltung waren gegenüber dem autokratischen wilhelminischen Regiment in der Reichs- und Landespolitik Stützpunkte einer modernen, sozial und freiheitlich denkenden Entwicklung. Die Selbstverwaltung der Städte war für den bürgerlichen Liberalismus, der in der übrigen deutschen Politik seine feste Verankerung fand, die einzige Stütze, in der sich Ansätze zu einer vernünftigeren Politik zeigen konnten.

Was man damals gelegentlich gerne als Hanseatengeist, als Laikraft unternehmerischer Stadtverwaltungen zu bezeichnen pflegte, nennt man heute ebenso gern „Großmannsucht und Verschwendung“. Die Rückwirkungen der Inflation auf die Stadtverwaltungen haben eine Zeitlang die kommunale Wirtschaft so sehr erschüttern können, daß ihr altes Ansehen in der Öffentlichkeit schwand. Die letzten Jahre brachten ununterbrochene Vorstöße des privaten Kapitals gegen die schon vor dem Kriege groß gewordene blühende Gemeindegewirtschaft. Enkommunalisierung war das Schlagwort, das die Presse der Industrie, die Presse der Sozialisten freisinnigen Deutschen und auch die Generalanzeigerpresse beherrschte. Den deutschen Städten fiel es außerordentlich schwer, in der öffentlichen Meinung ihre Position zu behaupten.

Zweifellos vollzieht sich jetzt, wenn auch viel zu langsam, eine Wandlung, die den Städten wieder dazu verhelfen wird, in der Öffentlichkeit die Stellung einzunehmen, die ihnen zukommt. Die Stabilisierung der Währung hat der kommunalen Wirtschaft wieder festen Boden unter den Füßen verschafft und gibt die Möglichkeit, wieder zu Leistungen im Interesse der Bevölkerung zurückzukehren. So konnte es kommen, daß auf dem Kölner Städtetag bei der Behandlung des wichtigen Themas die Verwaltung der kommunalen Werke und Betriebe sich vor diesem ganz überwiegend aus bürgerlichen Kreisen bestehenden Publikum nur eine einzige Stimme fand, die für Entkommunalisierung und für Verrückung des Privatkapitals an den gemeindlichen Unternehmungen eintrat. Im Gegenteil: aus den Reden aller Diskussionsredner, die aus der kommunalen Verwaltung stammten, klang das Bewußtsein von den großen Aufgaben, die gerade die Gemeinden auch mit wirtschaftlichen Mitteln im Interesse der Gesamtheit zu leisten haben, deutlich hindurch. Wir Sozialdemokraten konnten mit Genugtuung feststellen, daß die von uns seit Jahrzehnten vertretene Auffassung über die Notwendigkeit einer energischen Weiterentwicklung der kommunalen Wirtschaft, die nach 1914 auf dem Kölner Städtetag äußerst umstritten war, jetzt ganz offenbar Allgemeingut der deutschen Kommunalpolitiker geworden ist.

Nicht minder bedeutungsvoll war das starke Bekenntnis zu schöpferischer kommunaler Arbeit, das aus dem Referat des Kölner Oberbauamts Arnß über städtebauliche Aufgaben der Gemeinden herausklang. Es gab bei der Behandlung dieses Themas — wenn man von den niemals fehlenden kommunistischen Antermezzos absteht — keinen einzigen Diskussionsredner, bei dem nicht der Wille zur Entwicklung zur kommunalen Arbeit auch auf diesem für uns so brennend gewordenen Gebiete des Städtebaues, der Neuschaffung von Wohnungen, der Anlage von Parks und Grünflächen und der Durchführung der modernen Forderungen für die Entwicklung der Großstädte deutlich zu spüren war. Ein starker Zug zur Konsolidierung der Gemeindegewirtschaft zeigt sich überall. Dieser Zug ist nur zu begrüßen, denn immer haben die deutschen Städte und Gemeinden bewiesen, daß in ihnen die antiparitätaristischen, auf die Entwicklung des Reichs hinstrebenden Kräfte stärker sind als bei den Länderregierungen. Genau so wie auch auf dem letzten Städtetag in Hannover die Forderung nach einem Reichsrahmengesetz für die Städteverfassung ein starkes Echo fand, wurde auch hier fast widerspruchlos der Gedanke eines Reichsstädtebaugesetzes propagiert.

Die Sozialdemokratie war auf der Kölner Tagung der preußischen Städte wieder außerordentlich stark vertreten. Auch in Köln zeigte sich die starke Bindung, die zwischen der Sozialdemokratie, nach ihrem Programm und nach ihrer praktischen Arbeit, und der Entwicklung der deutschen Städte und Gemeinden besteht. In der unmittelbaren Arbeit, die für das Gemeinwesen mit den deutschen Städten auch von der Arbeiterschaft geleistet wird, liegen starke Quellen politischer Kraft und Möglichkeiten sozialistischer Entwicklung, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wir haben gegenüber den gemeindeseindlichen Tendenzen der Großindustrie und kleinlich beschränkter bürgerlicher Mittelstandskreise alles Interesse daran, die Gemeinden in ihrem Kampf um Selbstständigkeit, um Recht auf Selbstverwaltung zu unterstützen und hinter ihnen zu stehen, wenn sie auf die ungeheuren von ihnen zu lösenden Aufgaben aufmerksam machen. In der kommunalen Arbeit liegen starke Kraftquellen, die gleichermaßen der demokratischen Entwicklung, dem kulturellen Aufstieg und dem sozialistischen Gedanken zugute kommen werden.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß unter den sozialdemokratischen Delegierten der Städtefrage der Wunsch nach ständiger Zusammenfassung und zentraler Leitung der Arbeit unserer Gemeindevertreter sehr lebendig zum Ausdruck kam. Unsere sachliche Position in der Gemeinde ist so stark, daß selbst nach den Wahlen vom 4. Mai 1924, die uns vorübergehend zahlenmäßig zurückgeworfen haben, der sozialdemokratische Einfluß fast überall ungebrochen ist. Die Sozialdemokratie ist die Partei der Gemeinde, sie ist von allen Gruppen am stärksten mit der Entwicklung der Gemeindegewirtschaft verbunden und vermag sich am ersten uneingeschränkt und ohne Rücksicht auf die von privater Seite ausgehenden Hemmungen für die Gemeinden einzusetzen. Sie hat deshalb alle Veranlassung, die Nachfolge, die sie hier in den Organen der Selbstverwaltung besitzt und immer besitzen wird, aufs sorgfältigste zu pflegen und durch

Bewerkschaften gegen Zollwucher.

Strikte Ablehnung jeglicher Schutzzölle — Kampf gegen Winderung des Reallohnes.

Das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschaftszeitung“, nimmt in ihrer neuesten Nr. 22 in einem programmatischen Artikel mit großer Schärfe den Kampf gegen die neue Zollvorlage auf. Sie schildert zunächst den Charakter des Zolltarifs und erbringt den Nachweis, daß die Regierung allen Ratschlägen der Wissenschaft zuwider und ohne sachliche Begründung die Agrarzölle wieder einführen wolle. Die Industriezölle sind ebenfalls trotz der hohen Preissteigerung der industriellen Erzeugnisse in der Vorlage weiter erhöht. Der Artikel fährt dann fort:

Die gesamte deutsche Wirtschaftsführung ist einzig in der Erkenntnis, daß Deutschland als selbständiges Staatswesen mit seinem 65-Millionen-Volk nur bestehen kann, wenn es seine industriellen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt absetzen vermag. Alle Zölle haben preissteigernde Wirkungen, doch ganz besonders die Agrarzölle. Durch sie werden die Lebensbedingungen des wertvollen Volkes künstlich verteuert. Künstliche Lebensverteuerung aber erfordert, wenn nicht ein weiteres Sinken des Reallohnes die Folge sein soll, Erhöhung der Löhne und Gehälter. In diesem Lichte gesehen, bedeutet die Wiedereinführung von Agrarzöllen Erschwerung des scharfen Wettbewerbes Deutschlands auf dem Weltmarkt, unter Umständen die Abregelung des deutschen Außenhandels. Ueber diese Zusammenhänge muß sich die Regierung Rechenschaft gegeben haben, und wenn sie dennoch ihre Zollvorlage gemacht hat, so kann sie es nur in dem Bewußtsein getan haben,

den großen beschloßenen Verbrauchermassen die Bürde der Zollbelastung aufzuerlegen.

Nach dem Landwirtschaftsminister Graf v. Ranitz sollen die Agrarzölle das Korrelat der Erhöhung der Industriezölle sein. Fast klingt in dieser Wendung die Heberzeugung an, daß ohne Erhöhung der Industriezölle auch Agrarzölle entbehrlich seien. Wir nehmen diese Formel an mit dem Kampfruf: nichts von beiden! Deutschlands wirtschaftliche Struktur, seine Bevölkerungszahl, seine Verpflichtungen gegenüber den Siegerstaaten zwingen zum Anschluß an die Weltwirtschaft, zur Einfuhr und Veredlung von Rohstoffen, zur Wertzuwachsarbeit, dann wieder zur Ausfuhr und zum Abzug auf dem Weltmarkt. Diese Bedingung kann es am besten unter Fernhaltung von Schutzzöllen jeglicher Art erfüllen. Je größer seine Belastung durch Schutzzölle, desto arbeitsloser sein Dasein, desto schwerer seine Einfluchtung in die Weltwirtschaft. Das deutsche Volk, heute schon unter den ärmsten Bedingungen lebend, könnte dann im Schatten der übrigen Weltwirtschaft nur noch ein kümmerliches Dasein fristen.

Weiter wird ausgeführt, daß wesentlich infolge der starken Zollerhöhungen der Inflationszeit Deutschland trotz niedriger Löhne und trotz niedriger Wohnungsmieten das teuerste Land der Welt sei. Interessant ist folgende Gegenüberstellung:

Neben den Mindestzöllen für Brotgetreide sind auch Mindestzölle von 2,30 M. für Gerste und 5.— M. für Hafer auf den Doppelzentner festgelegt worden. Außerdem sind besonders groß die Er-

höhungen der Zölle für fast alle übrigen Nahrungsmittel, ferner für Erzeugnisse der Textilindustrie, der Automobilindustrie, der chemischen Industrie, der Maschinenindustrie, der Werkzeugindustrie, der Industrie der Steine und Erden, der Holz- und Korbflechterwaren, der Metallindustrie und der Papierindustrie.

Dagegen sind die

Zölle auf Luxusartikel nur geringfügig oder gar nicht erhöht worden. Als Begründung hierfür wird angegeben, es habe sich bei den Handelsvertragsverhandlungen herausgestellt, daß die Höhe des geltenden Zolltarifs auf Luxusartikel schon jetzt kaum noch ausreicht, um den Zustand zu erhalten, das Ausland verlange ihren Abbau.

Die Regierung beruft sich immer wieder darauf, ihre Zolltarifvorschlüsse bauten sich auf den Vorschlägen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ab. Demgegenüber stellt die „Gewerkschaftszeitung“ fest, daß in etwa 80 von 100 Fällen die Regierungsvorlage von den Vorschlägen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats abweicht und daß die Zölle für Textilien noch kurz vor der Veröffentlichung der Vorlage noch einmal umgemodelt worden sind — ein Beweis, wie willkürlich die Zollvorlage von der Regierung gemacht worden ist.

Wirkung der Stimmen der Wirtschaftswissenschaft, Ignorierung der Rolle des wertvollen Volkes — das sind die charakteristischen Merkmale dieser Vorlage. Was ihr aber die Krone der Ungeheuerlichkeit aufsetzt, das sind und bleiben

die Getreidezölle als Mindestzölle.

Mit dieser Bestimmung und dem sonstigen hochschützöllnerischen Inhalt hat die Zollvorlage einen Charakter bekommen, der zum schärfsten Protest der Gewerkschaften herausfordert. Würde diese Zollvorlage Gesetz, dann müßten die beschloßenen Verbrauchermassen für die wenigen reichen Großgrundbesitzer Millionen in Gestalt von Zolltribut aufbringen.

Die Belastung wäre unerträglich.

Sie müßte vom Reichstag von „Rechts wegen“ sofort durch ein zweites Gesetz ausgeglichen werden, wonach allen Lohn- und Gehaltsempfängern entsprechend der Preisentwicklung nach dem Lebenshaltungsindex Lohn- und Gehaltszulagen zu veranlassen wären. Aber ein Reichstag, der fähig wäre, diese Vorlage anzunehmen, würde natürlich unfähig sein, eine solche Regelung für die Arbeiterschaft zu treffen.

So müssen denn angesichts der drohenden Gefahr einer allgemeinen Lebensverteuerung die noch fernstehenden Arbeitermassen aufgerufen und unseren Gewerkschaftsverbänden zugeführt werden. Die Gewerkschaften sind berufen, falls der deutsche Reichstag die Wucherzollvorlage zum Gesetz machen sollte, der Arbeiterschaft in harten Wirtschaftskämpfen die Grundlagen ihres Lebens zu sichern.

Die Gewerkschaften haben in ihrem Kampfe gegen die ungeheuerliche Zollbelastung, die die Regierung der Arbeiterschaft zugebracht hat, die politischen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung und an erster Stelle die Sozialdemokratische Partei hinter sich.

die Stärkung der Arbeit in den einzelnen Gemeinden ihren Gesamteinfluß zu erhöhen.

Hand in Hand damit wird eine energische Arbeit für die Interessen der deutschen Gemeinden gehen müssen. Wenn man auch nicht jede einzelne Klage, die von Gemeindeverwaltungen ausgeht, tragisch zu nehmen braucht, so ist doch kein Zweifel, daß die gemeindeseindliche Tendenz in der öffentlichen Meinung namentlich des Bürgerturns unbedingt zurückgewiesen werden muß. Eine Steigerung des Ansehens und der Anerkennung für die Arbeit der Städte liegt nur im Interesse der Gesamtheit. Die Gemeinden müssen und werden sich ihren Platz wieder erobern, sie sind auf dem besten Wege dazu.

Der Konflikt im Linksblock beigelegt.

Annahme der von den Sozialisten verfaßten Resolution.

Paris, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die kritische Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Frankreich, welche die Kammerrede Painlevés ausgelöst hatte, hat in Besprechungen, die am Freitag vormittag die verschiedenen Gruppen des Linksblocks zunächst unter sich und dann mit der Regierung gehabt haben,

eine Beilegung erfahren.

Der Konflikt war dadurch entstanden, daß sich der Ministerpräsident durch seine Erklärung, daß die Friedensverhandlungen mit Abd-el-Krim erst aufgenommen werden können, wenn das militärische Prestige Frankreichs durch einen Sieg über die Streitkräfte des Rifs wiederhergestellt wäre, in starken Widerspruch gesetzt hat zu den Zusicherungen, die er tags zuvor in der Unterredung mit den Delegierten des Linksblocks gegeben hatte. Die sozialistische Fraktion hatte daraufhin beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme zu enthalten. Dieser Beschluß hat seine Wirkung nicht verfehlt. Zunächst hat in der Freitagssitzung der Kammer Briand in längeren Ausführungen

die nationalistischen Entgehnungen Painlevés richtiggestellt und keinen Zweifel gelassen an dem Entschluß der französischen Regierung, alles zu tun, um zu einem raschen Friedensschluß zu gelangen. Darüber hinaus hat sich das Ministerium mit einer am Freitag vormittag von der sozialistischen Fraktion vorgeschlagenen wesentlich

schärferen Fassung der Vertrauensresolution

einverstanden erklärt, dessen Annahme durch Reglerung und Parlament jedem Versuch, die Geschehnisse in Marokko zu einem kolonialen Abenteuer auszuweihen, endgültig einen Riegel vorzusetzen. Diese Vertrauensresolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer, getreu der Politik des Friedens, zu der sich das Land mit so starkem Nachdruck am 11. Mai 1924 bekannt hat, und für die es sich abermals am 3. und 13. Mai 1925 entschieden hat, ist entschlossen, die Sicherheit der Truppen sowie der Gebiete und der Bevölkerung, die die internationalen Verträge unter französisches Protektorat gestellt haben, zu gewährleisten, erklärt sich aber mit der gleichen Entschiedenheit im Namen der Menschheitsrechte und des nationalen Interesses gegen jeden Imperialismus sowie gegen jede Politik der Eroberungen und Abenteuer. Sie billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut dieser, daß, sobald die Vorbedingungen erfüllt sind, der Frieden in Marokko herbeigeführt wird.“

In der Unterredung, die die Delegierten des Kartells am Freitag mittag mit Painlevé und Briand hatten, haben diese

verlangt, daß die gegen die Rechte gerichteten Anspielungen auf das Ergebnis der letzten Wahlen gestrichen werden, mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Regierung in einer Frage von nationalem Interesse Wert darauf lege, die Zustimmung möglichst aller Gruppen des Parlaments zu haben.

Die Sozialisten lehnten dieses Verlangen jedoch entschieden ab und erklärten, die Regierung möge sich entscheiden, ob sie das Kartell geschlossen hinter sich haben oder mit Hilfe der Rechten eine Mehrheit gegen einen Teil der Linken haben wolle. Die Regierung hat daraufhin die sozialistische Fassung des vom Genossen Compère-Morel entworfene Resolution ohne Änderungen angenommen.

Sie hat sodann vertrauliche Mitteilungen über den Stand der spanisch-französischen Verhandlungen gemacht, mit denen auch die sozialistische Fraktion sich befriedigt erklärt hat.

Die Krise, mit deren Möglichkeit man am Donnerstagabend hätte rechnen müssen, ist damit nicht zum Ausbruch gekommen. Doch herrscht der Eindruck vor, daß es sich nicht so sehr um eine Beilegung, als vielmehr um eine Vertagung des Konflikts handelt. Denn tatsächlich ist das Vertrauen nicht nur der Sozialisten, sondern auch eines großen Teiles der Radikalsozialisten zu dem Ministerium Painlevé stark erschüttert. Dabei spielt nicht nur die Marokko-Politik mit. Wenn sich die sozialistische Fraktion dennoch bestimmen ließ, im gegenwärtigen Augenblick es nicht zu einer Nachprobe kommen zu lassen, so geschah dies in erster Linie aus taktischen Erwägungen.

Die Freitagssitzung der Kammer hat an sich wenig Bemerkenswertes. Der Versuch des Kommunisten Cachin, Jaurès gegen die sozialistische Fraktion auszuspielen, wurde vom Genossen Renaudel glänzend widerlegt. Nach der Rede Briands, die den schlechtesten Eindruck der Ausführungen Painlevés stark abmilderte, wurde die von den Sozialisten vorgeschlagene und von den vier Gruppen des Kartells gemeinsam eingebrachte Fassung des

Vertrauensantrages mit 337 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Kammer hat sich dann bis Mittwoch nach Pfingsten vertagt.

Der nordafrikanische Waffenhandel in Genf.

Genf, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Vertreter Frankreichs auf der Internationalen Waffenhandelskonferenz, Genosse Paul Boncour, ist am Freitagabend wieder aus Paris nach Genf zurückgekehrt. Er hat von Briand die Weisung erhalten, von der Waffenhandelskonferenz bald einen Beschluß zu erwirken, der den Waffenhandelsverkehr in gewissen Gebieten Nordafrikas unterbindet. Dieser Schritt Frankreichs steht natürlich in unmittelbarer Verbindung mit dem Marokkorkrieg. Es verlaute, daß von England dieser Forderung Frankreichs gewisse Schwierigkeiten bereitet werden, die man auf große englische Privatinteressen im Rif zurückführt.

Drohende Ministerkrise in Polen.

Rücktritt Thugutt's.

Die Regierung Grabki ist durch den plötzlich erfolgten Rücktritt des Ministers Thugutt, der im Kabinett den linken Flügel der Koalition vertritt, sehr gefährdet worden. Thugutt hat eine außerordentlich scharfe Erklärung erlassen, in der er seinen Schritt damit begründet, daß seine sehr bescheidenen Vorschläge zugunsten der nationalen Minderheiten in der Winderheitskommission abgelehnt worden seien und daß die Organe des Innenministeriums seine Politik, insbesondere den Ukrainern gegenüber systematisch sabotiert hätten.

Die Auftraggeber der Reichsregierung

Geheime Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

Die Reaktionen aller Schattierungen rühren sich. Den Wertigkeiten soll nicht nur der Brotkorb durch Hochschulgölle höher gehängt werden, jetzt kommt auch noch die „deutsche Wirtschaft“ und erteilt der Regierung ihre Befehle. Mit Datum vom 12. Mai 1925 ist dem Reichstanzler Dr. Luther eine Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zugestellt worden, die der deutschen Presse, mit Ausnahme der Unternehmerpresse, bisher vorenthalten wurde. Um so notwendiger ist aber die Besprechung in der breitesten Öffentlichkeit. Und da uns ein günstiger Wind diese Denkschrift auf den Tisch geweht hat, sind wir verpflichtet, den Anschlag der industriellen Scharmacher gegen die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es will uns sogar scheinen, als wenn die Regierung — den Befehlen der Scharmacher entsprechend — die neuesten Gehaltsforderungen der Beamten mit der in der Denkschrift vorgeschriebenen Begründung abgesehen hat. Jedenfalls ist die Übereinstimmung zwischen den beiden Denkschriften, nämlich derjenigen der Scharmacher und der dem Reichstag zugegangenen des Reichsfinanzministers über die Bezüge der Beamten äußerst bemerkenswert.

Die Unternehmer suchen eine Lösung der ganzen Schwierigkeiten, in welcher sich die deutsche Industrie befindet, nur in verlängerter Arbeitszeit und geringeren Löhnen.

Das ist seit Jahr und Tag ihr einziges Rezept, das sie der tranken deutschen Wirtschaft verschreiben. Und sie gehen so weit, in ihrer Denkschrift die Forderung nach Aufhebung aller Hemmungen ihres Selbstherrschertums, die aus den letzten Jahren noch übriggeblieben sind, anzustellen. Sie behaupten, daß die Arbeitslosigkeit noch keineswegs groß genug ist. Abgesehen von „sozialen Ermüdungen“ der Unternehmer sei der notwendige Umfang der Arbeitslosigkeit durch Erleichterung bei der Entlassung und Betriebsstilllegung und selbstverständlich durch die kürzere Arbeitszeit künstlich verfestet. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland sei keineswegs ein Zeichen der Gesundung. Eine solche Annahme sei ein verhängnisvoller Irrtum. Außerdem ginge es den Arbeitern durchaus nicht so schlecht, wie in der Öffentlichkeit immer gesagt wird. Von Hungerlöhnen zu sprechen, liege gar keine Veranlassung vor, denn die Gesamtminimallohnsumme liege bereits über der Friedensnominallohnsumme, obwohl Produktion und Güterumfang nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes erreicht hat. Und nun leisten sich die Unternehmer eine unerhörte Herausforderung der Arbeiterschaft in folgenden Sätzen:

„Überdies ist der Lebensstandard einer Familie ja vielfach nicht ausschließlich von dem Einkommen eines einzelnen Familienmitgliedes abhängig, da heute in weit größerem Umfange wie in der Vorkriegszeit gerade in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien mehrere Familienmitglieder bei gemeinsamem Haushalt Arbeitseinkommen zu verzehren haben.“

Es fehlt nur noch, daß sich die Unterscheiber dieser Denkschrift, die Herren v. Borlig, Dr. Längler und Dr. Reifinger dazu verließen hätten, zu erklären, daß die Frauen und Töchter der Arbeiter, Angestellten und Beamten dem Erwerb nachgehen, aus lauter Vergnügen. Allzuweit von einer solchen Behauptung scheinen die Herrschaften nicht mehr entfernt zu sein. Haben diese Leute denn gar kein Gefühl für den Hohn, der in ihrer Behauptung liegt? Es ist doch nur ein Ausdruck für das übergroße Elend in den weiten Kreisen der wertvollen Bevölkerung, wenn heute mehr als früher die Familienangehörigen mit in den Strudel des Erwerbs hineingezogen sind. Sicher würden die Frauen und Töchter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sehr gerne ihre Lebenshaltung mit der der Gattinnen der Industriefürsorge und Direktoren vertauschen. Und wenn diese Damen es nicht nötig haben angesichts der fürstlichen Einkommen ihrer Eheherren, so sollten die Industriebarone sich schämen, auf das mehrere Einkommen einer wertvollen Familie hinzuweisen, denn selbst das mehrfache Einkommen reicht immer noch nicht entfernt zur Fristung einer menschenwürdigen Existenz, auf die jedes einzelne der erwerbstätigen Familienmitglieder Anspruch hat. Ganz abgesehen davon, daß in vielen Familien erwachsene Töchter leben, die nach langjähriger Dienstzeit bei der Reichspost und anderen öffentlichen Betrieben abgebaut wurden, weil ihr Vater noch im Dienst steht.

Die Unternehmer fordern zu höchster Arbeitsleistung, verbunden mit größter Sparamkeit auf. Selbstverständlich gilt das für die breiten Massen der Arbeitenden. Außerdem verlangen die Unternehmer

langfristige Arbeitsverträge ohne jedwede Lohnerhöhung.

Nicht einmal Sklaverei wollen die Unternehmer gelten lassen und wehe dem Schlichtungsausschuß oder dem Schlichter, der unter Hinweis auf bereits vorliegende freiwillige Vereinbarungen sich in einem Streitfall zu entsprechenden Lohnerhöhungen im Schiedspruch oder bei einer Verbindlichkeitsklärung bereitfinden läßt. Solche Leute entziehen sich

„der ihnen obliegenden Verantwortung, handeln verantwortungslos an Volk und Wirtschaft“.

Die Herrschaften können sehr deutlich werden und der Reichsarbeitminister weiß jetzt, was er nach ihrem Diktat zu tun hat. Dabei sind gerade diese Hiebe am allermeisten berechtigt. Die in letzter Zeit von den Bauarbeitern durchgesetzten Lohnerhöhungen, begünstigt durch die verhältnismäßig gute Konjunktur auf dem Baumarkt, haben es den Unternehmern besonders angefallen und sie verlangen von der Regierung, daß bei den Bauverträgen keine Lohnsicherungsklausel mehr aufgenommen wird, weil diese den notwendigen Anreiz zu immer neuen Lohnforderungen gäbe. Nach Auffassung der Unternehmer kennen die Forderungen der Gewerkschaften aller Richtungen überhaupt kein Ziel mehr. Dazu ist der Personalabbau durchaus nicht in dem notwendigen Umfang erfolgt. Den Kommunen wird vorgeschrieben, daß sie in verschwenderischer Verwendung die öffentlichen Abgaben zu Befoldungen ausgeben haben. Selbst die Reichsstandsarbeiten müssen herhalten. Die Provinzen und Kommunen hätten für Arbeitslöhne der Reichsstandsarbeiter die öffentlichen Mittel geradezu verschwendet.

In all diesen Umständen liegt nach Auffassung der Unternehmer die Ursache für die Exportschwierigkeiten, für die hohen Preise der

deutschen Industrie. Ganz nebenbei wird natürlich auch anerkannt, daß Technik und Organisation weiter vervollkommen werden müssen; aber das sei doch nur möglich,

wenn die inländische Kapitalbildung stärker gefördert werde

und dazu müßten die Arbeiter durch verstärkte Arbeitsleistung bei geringeren Löhnen beitragen. Ausdrücklich wird verlangt, daß überall dort, wo durch Arbeitszeiterhöhung eine Erhöhung der Produktion möglich ist, diese langfristig sichergestellt werden soll. Denn man höre:

„Von der längeren Arbeitszeit ist der derzeitige Lebensstandard des deutschen Volkes, an Lohn, Preis und Kaufkraft gemessen, wesentlich abhängig.“

Auch der Reichsbankpräsident erhält Befehl:

„Wir stellen die Forderung an die Reichsbank, gemeinsam mit uns darauf hinzuwirken, daß Handlungen und Maßnahmen vermieden werden, die im Interesse der Währung zu Kreditrestriktionen und Einschränkung des Zahlungsmittelumsatzes führen müssen. Zu diesen Maßnahmen gehören auch die festgesetzten Lohnstreikereien.“

Es ist wirklich allerlei, was sich die Unternehmer erlaubt haben. Aber der Gipfel wird erreicht in ihren

Angriffen gegen die Gewerkschaften.

Denn diesen wird nachgesagt: kurzfristige Preisgabe deutscher Gesamtwirtschaftsbelange durch unbegründete oder entstellte Behauptungen über deutsche Arbeitsbedingungen, die noch täglich dem Ausland Material zu weiterer Erschwerung unserer Abnahmlichkeiten im Weltmarkt in die Hand geben. Wenn die Unternehmer damit die Gewerkschaften aller Richtungen treffen wollen, so haben es ihnen die freien Gewerkschaften im besonderen angefallen, denn diese „machen sich unverändert von internationaler Einstellung abhängig. Sie unterstützen die Behauptungen der ausländischen Konkurrenz wegen des deutschen Dumpings in den Arbeitsbedingungen und fordern Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Sie erkennen nicht, wie sie sich dadurch zum Werkzeug des nationalwirtschaftlichen Egoismus der ausländischen Industrie machen.“

Wie mit den 14 Punkten Wilsons, so will man diejenigen Teile des deutschen Volkes, die nicht nationalwirtschaftlich denken und handeln wollen, mit sozialpolitischen Welpogrammen täuschen, deren Erfüllung man von deutschem Idealismus und deutscher Einsicht erwartet, um dadurch die deutsche Wirtschaft noch mehr abzurufen zu können. Jeder Zweifel darüber ist durch eine „Osterbotschaft“ Macdonalds beseitigt, der die „schlechten deutschen Arbeitsbedingungen“ als einen der Hauptgründe für die durch Unterbietung der deutschen Industrie erhöhte Arbeitslosigkeit in England bezeichnet und Deutschland deshalb als einen industriellen Gefahrenpunkt Europas glaubte brandmarken zu können.“

Nachdem die Gewerkschaften in dieser unerhörten Weise angegriffen sind, bekommt der hochzuverehrende Herr Reichstanzler seine Richtlinien angewiesen, denn verlangen die Gewerkschaften: „so wächst die Verantwortung, welche Reichsregierung, Parlament und Unternehmerschaft gegenüber dem deutschen Volk haben.“

Deshalb rufen wir Sie, hochverehrter Herr Reichstanzler, die gesamte Regierung, im besonderen den Herrn Reichsarbeitsminister und nicht zuletzt den Herrn Reichsbankpräsidenten auf, in diesem Sinne gemeinsam mit allen einsichtigen Volkstrettern die autoritative Führung, unbeengt durch Parteirücksichten, in die Hand zu nehmen.

Mit dieser Eingabe haben die Unternehmer nicht nur ihre Forderung auf Abau aller sozialen Hemmungen kundgetan, sie haben einen Raubbau an der deutschen Arbeiterschaft verlangt. Das alles war uns hinreichend bekannt. Sie haben aber auch eine Unantastbarkeit der Gewinnung in ihren Sätzen über die deutschen Gewerkschaften kundgetan, daß man diese Demoskrierung nur begriffen kann. Doch mögen sich die Scharmacher gesagt sein lassen, daß diese Eingabe

allen Arbeitern, Angestellten und Beamten die Augen öffnen

wird über die Feinde der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Die Scharmacher glauben vielleicht, daß die Gelegenheit jetzt außerordentlich günstig ist. Nachdem die Reichspräsidentenwahl den Monarchisten einen Sieg brachte, könnten sie ungenierter mit ihren Forderungen hervortreten. Sie spekulieren vielleicht weiterhin auf die Uneinigkeit in der Arbeiterklasse, bei welcher die Kommunisten ihnen Zutreibdienste leisten. Sie geben sich einer sehr großen Täuschung hin, denn die Arbeiterschaft wird sich sehr schnell durch Überwindung der destruktiven Tendenzen in der SPD. in Einigkeit zusammensenden, um die Pläne der Scharmacher zu schanden zu machen. Der Regierung wird allerdings Gelegenheit gegeben werden müssen, zu dieser Denkschrift Stellung zu nehmen, damit das deutsche Volk sieht, wo die Befehlshaber der heutigen völksparteilich-deutschennationalen Regierung sitzen.

Bei Bolle brennt es wieder.

Das Personal der Meierei Bolle hatte durch die zuständigen Organisationen, Lohnforderungen eingereicht. Die Verhandlungen am Sonnabendvormittag sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Direktion weigerte sich, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Sie erklärte, finanziell dazu nicht in der Lage zu sein. Bemerkenswert an diesem Standpunkt der Direktion ist, daß die anderen Meiereigrößbetriebe Berlins ihrem Personal eben erst eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 M. bewilligt haben. Das Personal bei Bolle hat seit über 6 Monaten nicht einen Pfennig Zulage erhalten, so daß eine ziemlich erregte Stimmung herrscht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Streik kommt.

Die Belegschaft nahm gestern abend zu dem ablehnenden Verhalten der Direktion in einer überfüllten Versammlung Stellung. Nach einem Bericht, den Rellingner vom Verkehrsband gab, und nach ausgiebiger Diskussion, in der die erregte Stimmung der Belegschaft elementar zum Ausdruck kam, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Belegschaftsversammlung der Meierei Bolle nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem ablehnenden Standpunkt der Geschäftsleitung gegenüber den Lohn-

forderungen. Die Versammelten bringen zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt sind, sich mit der Antwort der Geschäftsleitung zufrieden zu geben. Sollte die Geschäftsleitung ihren Standpunkt nicht ändern, dann ist die Belegschaft bereit, den Kampf aufzunehmen. Die Belegschaft gibt den Organisationsleitungen sowie der gewählten Kommission der Arbeiter das Recht, ihrerseits den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem der offene Kampf aufgenommen werden soll.“

Die Stahlhelm-Streikbrecher.

Der kürzlich beendete Straßenbahnerstreik in Halle a. d. Saale gab der Stahlhelmeinigung Gelegenheit, sich von einer neuen Seite zu zeigen. Während alle Straßenbahner ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung sich an dem Streik beteiligten, gab der Stahlhelm in Halle folgenden „Beifehl“ an seine Mitglieder heraus:

„Auf Befehl der Ortsgruppe sollen sämtliche Straßenbahner, soweit sie Stahlhelmer sind, sich noch heute bei der Direktion der Straßenbahn zum Dienstantritt melden, andernfalls fristlose Entlassung vom Magistrat und der Ausschluß aus dem Stahlhelm stattfinden.“

Viel genügt hat der Streikbrecherbefehl des Stahlhelms nicht. Aber er gewinnt für die freigewerkschaftlichen Organisationen infolgedessen Bedeutung, als sich aus ihm besonders deutlich ergibt, was von den Stahlhelmeinrichtungen zu halten ist: Sie sind Hüter des Besitzes, Gegner einer anständigen und gerechten Bezahlung der Arbeitskraft und Streikbrecher!

Die Reeder auf dem Kriegspfad.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Ganz im stillen bereiten sich die deutschen Reedereien auf einen Kampf mit der deutschen Hafenarbeiterschaft vor, um ihn dann zu gegebener Zeit vom Jaune zu brechen. Auf seiner letzten Generalversammlung hat der Verein Hamburger Reeder beschlossen, nach Vorkriegsmuster Bohnschiffe zur Unterbringung von Arbeitswilligen zu erwerben. Als erstes geeignetes Schiff soll der Segler „Wellewurm“, der über 1500 Streikbrecher beherbergen könnte, angekauft werden. Der Verein wurde bereits ermächtigt, ein zweites gleiches Schiff anzukufen. Nicht weniger als eine halbe Million Mark ist einzuweisen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden.

Gleichzeitig haben die Reeder beschlossen, als eine „Organisation zum Schutze der Arbeitswilligen“ zu schaffen. Ein gewisser Dredmann soll diese Schutzorganisation leiten in Lohn und Brot nehmen. In normalen Zeiten soll dieser Streikbrecher-Schutzgarde der Ladungsschutz übertragen werden.

Die Industriellen gegen die Bauarbeiterlöhne.

Bochum, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Lohnkonflikt im rheinisch-westfälischen Baugewerbe hat durch folgende Erklärung des Arbeitgeberverbandes eine außerordentliche Verschärfung erfahren: „Die Vertreter der Hütten- und Maschinenindustrie sowie des Zehnerverbandes erklären die Löhne im Baugewerbe, wie sie sich nach der sogenannten Vereinbarung von Berlin vom 22. Mai ergeben, für untragbar. Wie festgestellt wurde, liegen sie in den einzelnen Arbeiterkategorien 60 bis 100 Proz. über den ortsüblichen Löhnen, in einer jugendlichen Gruppe sogar 157 Prozent darüber. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage der Industrie sind die bisherigen Löhne aber schon nicht mehr tragbar, so daß das bestehende Lohnabkommen gekündigt und ein 10-prozentiger Lohnabbau gefordert werden mußte. Aus diesem Grunde legen die Mitglieder der genannten Verbände unverzüglich ihre sämtlichen Bauten still. Sämtliche Ortsverbände des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe, sowie der Zehnerverband bzw. der Bergbauliche Verein werden sich diesem Vorgehen unmittelbar nach Pfingsten anschließen.“

Achtstundentag-Konferenz der Arbeitsminister.

Genf, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Arbeitsminister bestätigte am Freitag vor einem großen Kreis von Pressevertretern die Absicht zur Einberufung einer Konferenz der Arbeitsminister nach London. Als Teilnehmer kommen die Arbeitsminister von England, Frankreich, Belgien und Deutschland in Frage. Gegenstand der Beratungen soll die bedingungslose Ratifikation des Washingtoner Abkommens bilden.

Die Christlichen für das Washingtoner Abkommen.

Genf, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Freitagssitzung der Internationalen Arbeitskonferenz forderte Serraaerens-Holland im Namen der christlichen Gewerkschaften die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Ebenso verlangte er, daß den christlichen Gewerkschaften im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes ein Sitz eingeräumt wird. Die Arbeitergruppe der Konferenz wird nächste Woche die Kandidatenliste für die Neuwahl des Verwaltungsrats aufstellen. Serraaerens wird bei dieser Gelegenheit wieder für die Forderung der christlichen Gewerkschaften eintreten; doch besteht keine Aussicht, daß in der Zusammenkunft des Verwaltungsrats eine Aenderung eintritt, dessen sechs Arbeitervertreter sämtlich der Antikerdamer Internationale angehören, ebenso die fünf Sozialisten; nur der sechste Stellvertreter, Joshi-Indien, ist Mitglied einer „nationalen“ Organisation.

Deutscher Holzarbeiterverband, Russiarbeiterverband: Die zum Mittwoch, den 3. Juni, ansehnliche Vertrauensmännerversammlung findet nicht um 5 Uhr, sondern infolge Verhandlungen mit den Arbeitgebern um 8 Uhr ebenfalls statt. Die Ortsverwaltung. Deutscher Werkschmiederverband, Metallarbeiter des Bezirks 10. Das Blingh-fest wegen sind die Bureaus zum Sonnabend, den 30. Mai, nachmittags 1 Uhr, bis zum 3. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, geschlossen.



Verantwortlich für Inhalt: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Holzer; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Ebers; Redaktion: Dr. John Schlotterbeck; Colles und Gollmann; Bild: Ruppel; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Postfach 100, Berlin. Preis: 1 Mark. Abonnement: 12 Mark. Bestellungen: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postfach 100, Berlin. Telefon: 1000.

Merkzettel für die Reise

Bitte ausschneiden und für die Reise aufheben!

dorben oder unerwünscht „parfümiert“ worden ist, daß ihm durch ein Stück schmieriger Rasier- oder Toiletteseife wichtige Schriftstücke zerweicht sind, oder daß eine Dose Schuhcreme aufgegangen und ein schönes weißes Kleidungsstück total ruiniert hat. Wer sich diesen Gefahren nicht aussetzen will, verwende auf der Reise ausschließlich die praktische und im Gebrauch saubere, unzerbrechliche Tuben-Packung. In Frage kommen hauptsächlich folgende Artikel des täglichen Bedarfs: 1. Zur Pflege des Mundes und der Zähne: „Chlorodont-Zahnpaste“, in der Tube M. 0.80. 2. Zum Rasieren und Waschen: „Leosira“, haarerweichende Rasier- und Waschseife, in der Tube M. 1.—. 3. Zur Selbstpflege feiner Schuhe: „Tuberan“, wohriechende Schuh-Edelcreme in 3 Farben, in der Tube M. 0.50. 4. Zur Auffrischung feiner Koffer und Ledertaschen: „Tuberan“, farblos, Hochglanzpolitur, in der Tube M. 0.50.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Proben dieser vorzüglichsten Tubenpackung erhalten Sie gegen Einsendung des beiliegenden Abonniments direkt von Leo-Werke, A. O., Dresden-N. 6.

Hier abonnieren!
Leo-Werke, A. O., Dresden-N. 6.
1.00 Senden Sie mir kostenlos!
1. Probetube:
für regelmäßigen Gebrauch austauschen.
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

Die Krise im Berliner Verkehr.

Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche.

Die rücksichtslos das Verkehrsinteresse der wert- tigen Bevölkerung Berlins, soweit sie auf die Benutzung der Hoch- und Untergrundbahn und des Omnibusses angewiesen ist, hinter das Profitinteresse der Monopolinhaber dieser Verkehrsmittel zurücksetzt, zeigt das unglaubliche, geradezu pro- vokierende Verhalten der Direktoren dieser Gesell- schaften. Obwohl die Leiter beider Gesellschaften sich der Gefahr einer Stilllegung des Hochbahn- und Autobusverkehrs zu den Pfingst- festtagen und darüber hinaus bewusst waren, haben sie nicht nur nichts getan, um dieser Gefahr durch einiges Entgegenkommen an die berechtigten Forderungen ihres Personals zu begegnen, sondern durch die Ablehnung der Schiedsprüche zum Streit gereizt.

Wollte man gegen das Personal der Omnibusgesell- schaft den Vorwurf erheben, daß seine Arbeitseinstellung nicht rechtlich überlegt und taktisch verfehlt gewesen sei, so ist der Streit durch die Ablehnung des Schiedspruchs seitens der Direktion dieser Gesellschaft geradezu legitimiert, als unvermeidlich gestempelt worden.

Das Personal der Hochbahn, das bereits mit großer Mehr- heit beschloß, den Streit aufzunehmen, hat durch seine nach- trägliche Abfindung mit dem Schiedspruch bewiesen, daß ihm das Verkehrsinteresse des Berliner Publikums weit mehr am Herzen liegt, als der Direktion. Freilich, wäre dem Personal rechtzeitig bekannt geworden, daß die Direktion den Schiedspruch abgelehnt hat, dann wäre die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Streit ohne weiteres erreicht worden.

Da der Omnibusbetrieb bereits eingestellt war und die Ein- stellung des Hoch- und Untergrundbahnbetriebes nach dem Verhalten der Direktion bestimmt zu erwarten war, nach- dem das Personal sich bis aufs äußerste brüstet, greift der Schlichter von Groß-Berlin ein. Er hatte am Freitag nachmittag zunächst die Organisationsvertreter der Streikenden und die Omnibusdirektion eingeladen. Beide Parteien lehnten den Schiedspruch ab. Eine Einigung war unmöglich, da die Omnibusdirektion nicht einmal die Lohnsätze nach dem Schiedspruch zugestehen, geschweige denn darüber hinausgehen wollte. Der Schlichter erklärte daraufhin den Schiedspruch für verbindlich mit folgender Begründung: Der § 23 der zweiten Verordnung über das Schlichtungsverfahren vom 29. Dezember 1923 gibt die Möglichkeit, von Amts wegen ein Verfahren auf Verbindlichkeitserklärung einzuleiten, wenn das öffentliche Interesse dies erfordert. Diese Voraussetzung ist im vorliegen- den Falle als gegeben zu erachten und dementsprechend wird das Verfahren eingeleitet. Die vorgenommenen Einigungsverhandlungen mit den Parteien haben zu keinem Ergebnis geführt. Da die in der Abzug erfolgte Arbeitseinstellung eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeutet, wird auf Grund des Artikels 1 § 6 Absatz 1 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 der Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Auch bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Hoch- bahngesellschaft und ihres Personals war keine Ein- gung zu erzielen. Das Personal hatte den Schiedspruch angenommen, jedoch begreiflicherweise keine Lust, sich davon noch etwas abhandeln zu lassen. Der armen Hochbahngesellschaft über erließen diese Belastung untragbar; doch ihre letzte Bilanz ist nicht unbekannt. So machte denn der Schlichter auch hier dem Schindludertreiben der Direktion mit den Interessen der All- gemeinheit und denen des Personals ein Ende, indem er mit gleicher Begründung die Verbindlichkeit aussprach.

Wagt nicht etwa die Hochbahngesellschaft den Betrieb still, ein Streit der Hochbahner ist nicht mehr zu befürch- ten. Das Omnibuspersonal wird nun wohl oder übel den Streit beenden und die Arbeit wieder aufnehmen.

Mit der Straßenbahngesellschaft scheint es nach allem zu einer Verständigung über den neuen Tarifvertrag zu kommen, so daß hier kein Streit zu befürchten ist.

Aus dem ganzen Verlauf der Bewegung und ihrem Abschluß

ergibt sich die zwingende Notwendigkeit sowohl im Interesse eines unbehinderten Verkehrs wie im Interesse der nicht übermäßigen Verkehrssicherheit, Vorsorge zu treffen, daß bei den Auseinandersetzungen über die Regelung der Arbeitsbedin- gungen das Allgemeininteresse nicht derart miß- achtet werden darf, wie es von den Unternehmern in diesem Falle beklundet wurde. Monopolbetriebe haben beson- dere Verpflichtungen, die klipp und klar präzisiert werden müssen. Soweit ihre Rentabilität gesichert ist, können sie nicht eine Lohn- und Profitpolitik betreiben, die sich rücksichtslos über das All- gemeininteresse hinwegsetzt.

Ein Mahnruf an die Öffentlichkeit.

Pfingsten steht vor der Tür. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das reiselustige Publikum zu Pfingsten die zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel voll in Anspruch nehmen wird, vorausgesetzt, daß schönes Wetter vorherrschend ist. Eine Ueberlastung der Verkehrsmittel wird sich zweifelsohne bemerkbar machen. Dies würde desto mehr der Fall sein, wenn der Streit der Hoch- bahner und der Automobilisten nicht beigelegt worden wäre. Trotzdem ist der einseitige Anprall auf die Verkehrsmittel der Stadt- und Vorortbahn noch gar nicht abzuschätzen und Ver- minderungen, Auseinandersetzungen zwischen Publikum und Be- diensteuten der Fahrartenausgabestellen sind die altbekannten aber ungerechtesten Begleitumstände.

Wer trägt nun die Schuld an diesen immer wiederkehrenden bedauerlichen Erscheinungen? Der unaufhörlich weiter durchge- führte Personalabbau durch die Reichsbahnverwaltung hat auch seine Einwirkung auf die Fahrartenausgeber und -aus- geberinnen gehabt. Er ist nicht nur als widersinnig zu bezeichnen, sondern charakteristisch für das bereits eingetretene Chaos in sämt- lichen Berliner Reichsbahnbetrieben. Dieser Personalmangel zwingt nun die Verwaltung, und zwar nicht seit heute und gestern, das ausgefallene Personal der Fahrartenausgabestellen zu ersetzen durch Personal der Güterabfertigungen. Auch Schreibhilfen werden mit dieser schwierigen verant- wortlichen Aufgabe betraut. Soweit das erstere in Frage kommt, arbeitet das Personal erst 9 Stunden auf den Güterabfertigungs- stellen und wird dann nach den größten Fahrartenausgabestellen wie Friedrichstraße, Schlesischer Bahnhof usw. kommandiert. Geradezu grotesk mutet es an, wenn die Reichsbahnverwaltung dazu übergeht, Hilfsbeamte der Bahnunterhaltung zum Reichsbahndienst zu kommandieren. So könnten noch dagende Fälle angeführt werden, zum Beweis für den sich überall bemerkbar machenden Personalmangel auf der Reichsbahn. Man nennt diese der Öffentlichkeit unverständlichen Maßnahmen eine „patriotische Tat“ im Interesse der Wir- tschaftlichkeit der Reichsbahn.

Also wir bitten das reisende Publikum, seinem Karger bei der schlechten Bedienung der Fahrartenausgeber und -aus- geberinnen nicht Luft zu machen gegen das dort be- schäftigte Personal, sondern gegen den unüberlegten, regellosen und leichtfertigen Abbau gewisser Geschäftskreise im Direktorium der Reichsbahngesellschaft.

Das Martyrium einer Ehefrau.

Ein Kindesmord, der vor 2 Jahren in dem Hause Wasser- mannstraße 25 verübt wurde, ist jetzt von der Kriminalpolizei aufgeklärt worden. In dem Hause wohnte im 1. Stock der 32 Jahre alte Russe Max Schehlens mit seiner Frau und 4 kleinen Kindern. Die Familie lebt in dürftigen Verhältnissen. Der Russe wird von der Nachbarschaft als ein roher Mensch geschildert. Als er vor 2 Jahren einen Familienzuwachs erwartete, drang er schon vor der Geburt in seine Frau, das Kind erst nicht zur Welt kommen zu lassen. Er versuchte wiederholt, sie durch Miß- handlungen seinem Willen gefügig zu machen. Die Frau wider- setzte sich aber, obwohl er sie oft schlug. Die Folge war, daß das Kind zu früh geboren wurde. Es lebte aber, und war auch lebens- fähig. Jetzt erklärte der Mann, es müsse sofort beseitigt werden. Er drückte dann auch den Kopf des neugeborenen Knaben, und steckte diesen hierauf in eine mit Wasser gefüllte Wanne und ertränkte ihn. Die Mutter, die das nicht hatte verhindern können, begab sich jetzt zu einer ihr bekannten Frau St. in der Blumenstraße und hat sie, ihr bei der Beseitigung der kleinen Leiche zu helfen. Sie sollte verbrannt werden. Frau St. räumte zu diesem Zwecke den Ofen aus und ging dann wieder weg. Schehlens legte eine starke Schicht Holz in den Ofen, zündete es an, bettete die Leiche darauf und deckte sie mit einer zweiten Holzschicht zu. Die

4 Kinder waren weggeschickt worden, erfuhren aber bei ihrer Rück- fahrt doch, was geschehen war. Abends gingen sie zu Frau St. und erzählten ihr, was der Vater gemacht habe. Diese machte sich auf den Weg, um Frau Schehlens aufzusuchen, traf sie aber auf der Straße. Ihr Mann war nach der Verbrennung der Leiche ausgegangen und betrunken nach Hause gekommen und hatte die Frau aus der Wohnung hinausgeworfen. Sie irrte planlos in der Wassermannstraße umher, wurde aber von Frau St. zurück- gebracht. Die Leiche der Leiche wurde mit der Holzschicht aus dem Ofen herausgeholt und beseitigt, ohne daß jemand etwas merkte. Die Geburt des Kindes und sein Verschwinden sprachen sich im Laufe der Zeit aber doch herum und kamen auch zur Kenntnis der Kriminal- polizei. Diese forschte nach, und im Verhör gaben jetzt die beiden Frauen alles zu. Schehlens dagegen will von den ganzen Vorgängen nichts wissen. Seine Frau war froh, daß sie festgenommen wurde, denn sie sieht wieder einem Ereignis entgegen und wurde auch jetzt aus den gleichen Gründen wie früher wiederholt mißhandelt. Alle drei wurden nach eingehendem Verhör nach Moabit gebracht.

Verkehrsunfallstatistik für Groß-Berlin.

7270 Verkehrsunfälle in einem Jahr.

Die während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit ein- gestellte Statistik der Unfälle im Straßenverkehr von Groß-Berlin wird seit dem 1. April 1924 in verbesserter und genauerer Weise geführt. Nachdem jetzt auch die Zahlen über das ver- gangene Vierteljahr (1. Januar 1925 bis 31. März 1925) vorliegen, ist nunmehr eine vergleichende Uebersicht über ein ganzes Jahr möglich. Nach dieser im neuesten Heft der Verkehrszeitung von Polizeirat Wendel, Berlin-Grünewald, mitgeteilten Statistik betrug die Zahl der Verkehrsunfälle, die durch Personentransportwagen, Kraft- droshken, Kraftomnibusse, Postkraftwagen, Krafttraber, Kleintraf- fäder, Treträder, Bierbegepanne und Straßenbahn herbeigeführt wurden: in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 ins- gesamt 7270. Hierbei wurden 133 Personen getötet und 2993 verletzt. Davon sind allein durch Kraftfahrzeuge 4992 Unfälle veranlaßt, 80 Personen getötet und 1935 verletzt worden. Während die Zahl der Unfälle im Vierteljahr April-Juni 1931, im folgenden Vierteljahr 1757 betrug, erreichte sie im Oktober-Dezember die Höhe von 2225, fiel dagegen im ersten Vierteljahr 1925 auf 1957. Ob dieses Sinken nur eine Folge davon ist, daß in den Wintermonaten Januar und Februar erfahrungsgemäß weniger gefahren wird, oder ob das Sinken mit auf die Einführung der neuen Berliner Verkehrsordnung (die freilich erst am 1. März in Kraft trat, also im letzten Monat der Berichtszeit) zurückzuführen ist, läßt sich noch nicht übersehen. Neu in der statistischen Auf- stellung ist die im vorigen Vierteljahr zum ersten Male erfolgte Berücksichtigung des Anteiles, den die Kinder unter 14 Jahren an den Verkehrsunfällen hatten. Die davon handelnden Zahlen (tot 5, verletzt 81, Schuld an Unfällen 64) reden eine recht bedenkliche Sprache.

Keine Ursachen, große Wirkungen.

„Es ist mirlich kein Vergnügen.“ sagte die dreißigjährige Ange- klagte, die Sekretärin Elisabeth F. zu dem Vorsitzenden, „die Hände zum Eid zu erheben und andere hereinzulassen.“ „Aber dann dürfen Sie doch nicht einfach angeben, daß sie in Italien waren, als Sie Ihre Verlobung bekamen“, erwidert sie zur Antwort.

Die Angeklagte hatte selbst einen Bekannten wegen Beiruges bei der Polizei angezeigt und war dann im gerichtlichen Haupttermin als Zeugin geladen, aber unentschuldig ausbleiben. Die Sache mußte damals vertagt werden und die nachlässige Staatsbürgerin erhielt 500 Mark Geldstrafe, worauf sie ein Gesuch um Ge- nehmigung von Rotenzuschlägen einreichte. Dieses wurde abgelehnt, und sie ging nun zu einem Rechtsanwalt, dem sie vorlag, sie solle Strafe zahlen, hätte aber die Verlobung gar nicht er- halten, weil sie damals in Lugano, und zwar in der Pension „Deheim“ geblieben hätte. Der Anwalt wies sie auf die Folgen hin, falls sie nicht die Wahrheit sagte, nahm dann aber eine eidesstattliche Versicherung über ihre Angaben an, die sie unterschrieb. Er richtete ein Gesuch an das Gericht um Aufhebung der Strafe, dem er die Versicherung beilegte. Der Staatsanwalt stand der Sache aber mit Richterinnen gegenüber und ließ in der Pension in Lugano Ermitt- lungen darüber anstellen, ob diese Dame tatsächlich dort gewohnt hatte. Hierbei stellte sich heraus, daß dies gar nicht der Fall war. Vielmehr ergaben die Ermittlungen bei der Post, daß der bestellende Beamte die Verlobung damals an die Angeklagte persön- lich in ihrer Wohnung ausgehändigt hatte. Am ganzen Körper zitternd stand die Angeklagte vor ihren Richtern. Es machte keinen

Schnod.

Ein Roman von See und Sümpfen.

Von Svend Fleuran.

(Aus dem Dänischen von Thyra Jastlein-Dobrenburg.)

Schnod hält mit einem Ruck inne. Rührt kaum die Bauchflossen und armet nur ganz schwach. Bei jedem Atem- zug öffnet sie behutsam das Maul und zuckt die Zunge zurück, wodurch die Lunge sich mit Wasser anfüllt, darauf klappt sie sie vorsichtig wieder zu, schiebt die Zunge nach vorn und stößt das Atemwasser durch die Kiemen wieder aus.

Sorglos tummeln sich die Fischlein vor ihrem Rachen umher.

Ihre nach oben gerichteten Glogaugen drehen sich noch weiter aufwärts und sehen die weiß geschuppten Bäuche schwimmern.

Jetzt sind sie auf Sprunghöhe herangekommen!

Man ahnt so dunkel eine Bewegung in der äußersten Schwanzspitze; nur an den wechselnden Schattenzeichnungen, die die Schilfstengel über ihren Körper werfen, kann man sehen, daß sie sich weiterbewegt. Fortwährend schiebt sie eigen- tümlich und bössartig; sie kennt nur eine Seelenqual: daß sie sich nie entscheiden kann, welchen Fisch aus der wimmelnden Schar sie ausersehen soll. Freilich hat sie sich als Spezialität erdacht, ihren Biß — wie der leidenschaftliche Jäger seinen Schuß — dorthin zu richten, wo der Schwarm am dichtesten ist; aber die Weißfische sind behende, sie fängt nie mehr als einen zur Zeit.

Unmerklich langsam hebt sich empor ... während alle Flossenzipfel in zögerndem Genießen wogen und wedeln. . .

Da entdeckt ein kleines feuerrotes Weißfischauge ihren schwarzen Rücken, der bisher ganz mit dem Grunde verschmolz — und man stüchelt und springt mit panischem Schrecken vor ihr davon; im Nu ist das Schilfgestrüpp leer.

Ein unglücklicher Zufall! Der selbst dem Tüchtigsten passieren kann — und Schnod muß sich auf ihrer Schleich- jagd in neues Revier begeben.

In den schwimmenden Wäldern der grünen Sumpfröhrl- halten die großen breitgeschuppten Brassen sich auf. Sie treiben sich geküßelt gegenseitig in ihrem Weiwwasser herum, ver-

harrten unter der Oberfläche und lassen die Sonne in ihren goldenen Schuppen spielen. Ihr fetter Schmerbauch mit den hummerroten Flossen und ihr großer, dorschartiger Mund geben ihnen ein so frommes Aussehen; aber dennoch sind sie gar listig und vertuschelt auf der Hut in ihrem Tun.

Einige von ihnen sind mit großen Rissen und Wunden über Rücken und Seiten hin bedeckt; sie scheinen schon früher mit einem Hechtrachen Bekanntschaft gemacht zu haben! Ja, auf einzelnen Körpern tritt das Fleisch sogar noch blutig hervor, so daß Hautfasern und Schuppenstücken das Wasser trübe machen, wo sie ihren Weg nehmen.

Sie kommen tief aus dem Grunde herauf und schwimmern von Schlamm und Schleim und Quellmoos. Mit großen Be- wegungen und vielen Schlägen des Schwanzes rudern sie dahin; Schilf und Rohrstengel schaukeln und schwingen, wenn sie ein Weißchen hängenbleiben, um sich an ihnen zu reiben. Als sie das freie Gebiet zwischen den Pflanzenmassen über- queren, dort, wo die Sonne plötzlich auf ihre bernsteingelben Schuppenkleider fällt, verschwindet Schnod eiskalt im Lang- walde.

Die biegsamen Wasserpflanzen mit den langen Ranken schwingen sich in der Strömung ein, hängen nach Westen zu in dieser Stunde, um sich in der nächsten ebenso willenlos der entgegengesetzten Richtung anzupassen. Steife Blatttrausen halten wie fliehende Träger die nackten Ranken fest und bilden eine dichte, stimmernde Wildnis und den lauernden Luchs. Ohne die Schleimschicht auf dem Körper würde sie nimmer hindurchschlüpfen können.

Bald hat sie die fetten Schmerbäuche vor Gesicht; in kleinen Scharen wackeln sie vorüber, einen dicken, gründlichen Safran an den fetten Mundwinkeln.

Da flammt ihr Verlangen auf, ihre Kräfte verdoppeln sich; aber sie kann sich beherrschen — noch ist der rechte Augen- blick nicht inne!

Erst als die letzte „Wasserkub“ direkt vor ihr steht, ent- hüllt sie sich aus ihrem Versteck — und das Wasser summt und sprubelt, als Schnod in ihren Anstrengungen, der Beute auf den Leib zu rücken, sich dreht und windet.

Der Pflanzenangriff kommt der Kuh indes nicht uner- wartet, sie ist in diesem engen Durchgang auf alles vorbereitet und hat sich darum dicht über dem Grunde gehalten. Wie ein Stein sich ins Erdreich bohrt, so stürzt sie sich in den Schlamm, trübt das Wasser und gräbt sich ein, daß Schnod die Sand- körner und der Schlamm in die Zähne spritzt.

Wieder ein Pech, das aber nur den Appetit schärft und sie zügellos wild macht — da schwebt ein kleiner Weißfisch vorüber.

Ein Ruck fuhr durch Schnod! Die Verlegenheit über den Fehlsprung verflog fast völlig ... unwillkürlich wurde sie zu Stein an dem Orie, wo sie stand. Mit halbem Blick sah sie folglich, daß der Weißfisch, der ohne munteres Huschen und Zappeln dahinhumpelte, ihr eine leichte Beute sein würde.

Welches Glück! Weißfische waren sonst behende kleine Tiere und nicht so ohne weiteres zu ergreifen; obwohl sie zu ihrer täglichen Kost gehörten, mußte sie doch alle Kräfte an- spannen und all ihre Energie entfalten, um zwei bis drei, allerhöchst fünf am Tage zu erwischen. Nur im Mai, wenn sie zu Hausen im Schilf lagen und verliebt mit dem Schwanz schlügen, stopfte sie sich voll und brachte es bis zu zwei Dugend am Tage.

Run bloß Geduld, eine kurze Wartezeit — denn diesmal wollte sie ihres Fisches sicher sein!

Da raschelt es in einem der Pflanzenbüschel: der schwarz- häutige Barsch mit dem turmhohen Rücken kommt ihr zuvor. Er jagt pfeilschnell an ihrer Nase vorbei nach dem Flücht- ling, befinnt sich dann im Augenblick, als er zucknappen will, hält inne und schnuppert. . .

— Run, der wagt es also nicht; der will wohl den ganzen Schwarm gleich mit dazu haben!

Und jetzt flammt das Jagdfeuer in Schnods Augen auf; die steife Zunge hebt im Maul, so daß sie mit weit gähnender Rachenlücke auf die Beute losspringt. Der Weißfisch ist nicht von Uebel! Er zappelt willig zwischen ihren Zähnen und schlägt ihr tadelnd sein bißchen Schwanz um Boden und Rinn. Und doch — er besitzt ja eine ähnliche, unerklärliche Kraft wie ein kleiner Perlfisch, dessen sie sich dunkel entsinnnt.

Sie wird von fauchender Wut gepackt. Will so ein elendes Gewürm von Fisch sich ihrem Willen widersetzen! Das erbärmliche Ding will ja ausgerechnet alle anderen Wege als sie, sie vermag ja kaum von dem einen Pflanzengestrüpp in das andere hinüberzuschlüpfen.

Und jetzt wird sie so hitzig, daß sie ihr Blut wie einen Sonnenbrand im Rachen fieden spürt, und zerrt mit einem Ruck unter einer plötzlichen Kraftanstrengung an dem Fisch.

Das hilft, der Bursche gibt nach, seine Kräfte schwinden; sie triumphiert bereits — . . . ja, sie hatte es ja gewußt! (Fortsetzung folgt.)

erhebenden Eindruck auf die Beteiligten, als der Richter feststellte, daß die Sekretärin in Wahrheit gar keinen Beruf hat und seit 10 Jahren von einem Freunde unterhalten wird. Sie gab ihre Schuld zu, ohne sich der Tragweite der Angelegenheit bewußt zu sein. „Die Sache verläßt“, sagte der Staatsanwalt, „einen erheblichen Mangel von Respekt vor dem Gerichtshof, daher beantrage ich wegen wissentlich falscher Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung sechs Monate Gefängnis.“ So lautete auch das Urteil und der Vorsitzende bemerkte, daß das Gericht eine Strafaussetzung ausdrücklich abgelehnt hat.

Das Seminar für Zeitungskunde.

Eine Neueinrichtung an der Berliner Universität.

Die vor kurzem beendete Tagung des „Reichsverbandes der Deutschen Presse“ lenkte wieder einmal in besonderem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Zeitung und Zeitungswesen. Nur langsam wird dem Journalisten, über den Wilhelm II. einmal besonders hüßlich und abfällig urteilte, die Achtung entgegengebracht, die er für seine Arbeit verdient, und was ihm von Rechts wegen zuteil werden muß, das wird er sich erkämpfen.

Endlich sind wir jetzt auch so weit, daß der Journalismus als Wissenschaft gewertet wird. Innerhalb Deutschlands besaßte man sich mit zeitungswissenschaftlichen Studien schon seit einigen Jahren an den Universitäten München, Leipzig, Köln und Jünger. In Berlin las mehrere Semester der verstorbene Geheimrat Böhlinger über dieses Thema, aber erst vor wenigen Monaten wurde in aller Stille auch ein „Institut für Zeitungskunde“ eröffnet. In drei größeren wohlgefügten und geschmackvollen Räumen hat es im Gebäude der Preussischen Staatsbibliothek, und zwar direkt unter dem Kunsthistorischen Seminar, sein Heim. — Die angehenden Journalisten, die ein spezielles Fachstudium naturgemäß noch außerdem betreiben, fühlen sich hier recht wohl, da das Institut nicht nur zu den Vorlesungen, sondern täglich 7 Stunden auch für private Arbeit geöffnet ist. Das Seminar steht unter Leitung von Prof. Dr. Martin Mohr, und die Vorlesungen, die zum Teil von ihm selbst, teils von Dr. Emil Doppas gehalten werden, sind interessant und instruktiv. Besonders wertvoll und auch beliebt sind die redaktionellen Übungen; wertvoll sind sie, weil hierbei auch große Beachtung die Geschwindigkeit findet, mit welcher der Journalist arbeiten soll und muß, beliebt sind sie erklärlicherweise, weil solche Arbeit unter der Anleitung erfahrener, sagen wir ruhig „ausgefochter“ Praktiker alles andere ist als trockene Wissenschaft. So ist z. B. die Aufgabe, innerhalb einer bestimmten und meist recht knappen Frist über ein festgesetztes Berliner Thema eine kleine Klatscherei zu schreiben, die beste, aber wohl auch die anregendste Konzentrationsübung, die man sich denken kann. Um individueller arbeiten zu können, hat man in diesem Semester einen Ober- und einen Unterters eingerichtet. Die Arbeit des Instituts ist eine unmittelbar praktische, wobei Führungen noch ergänzen, und eine theoretische. Die Vielseitigkeit des Wissens um und für die Presse verlangt eine ebenso vielseitige Arbeit, die nicht nur soziologisch, sondern auch historisch sein muß, weil ja die Zeitungswissenschaft bisher selbstverständlich ungeheuer vernachlässigt worden ist. Es fehlt an allen Ecken und Enden an Quellen und Belegen, die Literatur über das Zeitungswesen ist nicht sehr umfangreich, und vieles Wertvolle, was in den Gazetten und Journalen früherer Jahrhunderte erschien, ist verloren gegangen. Mit Begeisterung wählen daher die jungen Studenten in undurchforschten Wissensbergen, und mit um so größerer Begeisterung tun sie es, als es sich hier um ein Stück Kulturgeschichte handelt, das sich noch heute überall auswirkt. Eine umfangreiche Bibliothek, Bezug aller großen deutschen Tageszeitungen und Korrespondenzen und Vorräte erster Fachleute unterstützen die Arbeit, die unter anderem in Form von Vorträgen der Institutsmitglieder ihren Niederschlag findet. So wird man in Kürze u. a. Referate hören über „Das Recht der Presse“ und über „Wesen und Geschichte der sozialdemokratischen Presse“. Die erste große Arbeit mehrerer Mitglieder des Seminars war eine Statistik nach einem großen Zeitungskatalog. Quantitativ ist das Ergebnis niederschmetternd: 3168 deutsche Tageszeitungen sind nach den Angaben ihrer Verleger in 80 (!) Variationen politisch und unpolitisch orientiert. O, du mein Deutschland!

Diese Zersplitterung, an der die republikanischen Parteien gewiß keine Schuld haben, wird sobald nicht aufhören, aber etwas anderes muß und kann anders werden: das ist der Cassenton in vielen deutschen Zeitungen. Und zwar besonders in denen, die irgendeiner extremen Tendenz huldigen.

Dafür zu sorgen, daß nicht nur fähige, sondern auch anständige Journalisten ausgebildet werden — das ist eine der großen Aufgaben des „Zeitungswissenschaftlichen Seminars“. Erfüllt es die, dann wird an der Berliner Universität nicht nur eine lebendige, sondern sogar eine heilige Wissenschaft mehr getrieben.

Neuordnung des Fundwesens.

Die amtlichen Nachrichten des Berliner Polizeipräsidiums bringen die Neuordnung des Fundwesens zur Erläuterung darüber, wie man sich, ohne strafbar zu werden, bei Funden zu verhalten hat. Funde auf öffentlichen Straßen oder Plätzen, die nicht mehr als 3 Mark Wert haben, brauchen überhaupt nicht angegeben werden. Bei Funden höheren Wertes muß der Finder oder falls dieser unbekannt ist, die Polizeibehörde benachrichtigt werden. Besteht Gefahr für den Verderb des Fundes, so darf der Finder dies öffentlich verkündern lassen nach vorheriger polizeilicher Billigung. Der Erlös ist an die Polizei abzuliefern. Polizeibeamte im Außendienst dürfen Fundgegenstände nicht annehmen. Unkosten, die einem Finder zur Ermittlung des Verlierers entstehen, müssen von diesem ersetzt werden. Chauffeure oder Kutsher müssen Fundfächer, die sie in ihrem Fahrzeug entdecken, innerhalb drei Tagen an die Polizei abliefern. In Beförderungsmitteln, Theatern, Banken, Warenhäusern oder in behördlichen Räumen gemachte Funde müssen sofort ohne Anspruch auf Finderlohn an die Leitung dieses Unternehmens zurückgegeben werden, ebenso die in sonstigen geschlossenen Räumen gefundenen Gegenstände. Jedes Polizeirevier sowie das Polizeipräsidium müssen Fundgegenstände entgegennehmen und eine Meldung darüber weitergeben. Die Aushändigung von Fundfächern an Verlierer erfolgt erst nach genauer Prüfung, Hinterlegung des Finderlohnes und der Verwaltungskosten. Der Finderlohn ist für Gegenstände bis 300 Mark 5 Prozent, für den Mehrwert je 1 Prozent. Bei Tieren 1 Prozent. Bei Gegenständen, die nur für den Verlierer Wert haben, nach freiem Ermessen. Der Anspruch auf Finderlohn geht verloren, wenn nicht Anzeige erstattet war, oder der Fund absichtlich, um etwa eine höhere Belohnung zu erhalten, verschwiegen wurde.

Der Wassermangel im Berliner Westen.

Eine ungenügende Erklärung.

Zu den Klagen über den Wassermangel im westlichen Berlin teilen die Charlottenburger Wasserwerke durch das Nachrichtenamt des Magistrats folgendes mit: Es handelt sich um besonders hochliegende Gebiete, in denen die Wasserversorgung nicht etwa vollständig, sondern nur in den obersten Stockwerken für mehrere Tagesstunden ausreicht. Der Grund hierfür liegt in der jetzt schon wochenlang andauernden Dürre, die in dem augenblicklichen Zeitpunkt den Wasserverbrauch in einem unübersehbaren Umfange erhöht hat, weil die jetzige Jahreszeit in den Gärten besonders große Wassermengen erfordert. Eine Besserung des Zustandes ist sofort mit Einsetzen eines Witterungsumschlages zu erwarten.

Diese Erklärung ist zwar sehr schnell erfolgt, aber sie ist völlig unbefriedigend. Was sagte man wohl von einer Behörde, die z. B. den unter einer Ueberchwemmung Leidenden seelenruhig erklärte: Wartet nur ab, wenn das Wasser zurückgeht, wird alles wieder gut! So ungehörig lautete die famose Erklärung der Charlottenburger Wasserwerke auch. Allen unter dem Wassermangel Leidenden wäre es viel erwünschter zu erfahren, welche Vorkehrungen die Charlottenburger Wasserwerke und der Berliner Magistrat treffen werden, um dem Wassermangel bei künftigen Hitzeperioden abzuwehren. Sollte nicht ein Zusammenarbeiten mit den übrigen Berliner Wasserwerken zur Abstellung des mit Recht gerügten Uebelstandes möglich sein?

Ueberfall auf eine Kassenbotin.

Nachdem durch die ständigen Beobachtungen des Sonderbezirks für Taschendiebstahl, die sich besonders auf das Postfachamt erstreckten, in der letzten Zeit die Verabungen der Kassenbotinnen und Botinnen nachgelassen hatten, hat sich Donnerstag mittag ein neuer Fall zugetragen. Ein 16-jähriges Wehrmädchen, das bei einer Firma in Hause Neue Friedrichstraße 37 beschäftigt ist, wurde nach dem Postfachamt geschickt, um Geld abzuheben. Unzweifelhaft beobachtete es ein junger Mann, als es das Geld, 1200 Mark, in Empfang nahm und verfolgte es heimlich. Das Mädchen ging dann erst zu einer Bank und von hier aus nach der Neuen Friedrichstraße. Auf der Treppe überholte es ein junger Mann, bedrohte es mit einem Taschenmesser, entriß ihm die Geldtasche, und ehe es zur Besinnung kam, war er mit seiner Beute verschwunden. Die Beschreibung, die es von dem Täter gibt, ist sehr ungenau. Der Räuber, der wahrscheinlich damit gerechnet hatte, daß das Mädchen auch von der Bank Geld abheben würde, wird, wenn er die Tasse öffnet, sehr enttäuscht sein. Das Mädchen hatte auf der Bank 1000 Mark eingezahlt, und somit befanden sich in der Aktentasche nur noch 200 Mark. Mitteilungen von Passanten, die um 12 1/2 Uhr in der Neuen Friedrichstraße einen verdächtigen Vorgang beobachtet haben, nimmt Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 84 des Polizeipräsidiums entgegen.

§ 218.

Ritter und Tochter, Anna und Gertrud G., standen vor dem Amtsgericht Charlottenburg, angeklagt wegen versuchter Abtreibung. Vorsitzender: „Sie müssen nicht mehr für Ihre Tochter sorgen, als notwendig ist; außerdem war Ihre Angst so vollkommen unbegründet, Ihre Tochter hatte ja gar nichts zu befürchten und schließlich sind mehrere Tassen starken Kaffees wohl ganz beförmlich, aber für Ihre Zwecke gar nicht verwerdlich.“ Das Gericht beriet hin und her, aber man kam um eine Verurteilung gar nicht herum, da das Gesetz den bösen Willen bestrafen will, wenn auch im übrigen ein vollständiger Irrtum über die tatsächlichen Verhältnisse vorliegt. Das Gericht erkannte gegen die Tochter Gertrud auf 14 Monate und gegen die Ritter auf 3 Wochen Gefängnis, gewährte beiden aber den Vorzug der Strafaussetzung, falls sie sich binnen 3 Jahren nichts zuschulden kommen lassen. Mit einem Seufzen der Erleichterung verließen beide die ihnen so ungestaltliche Stätte.

Feuerbestattung und Freidenkertum.

Den Alten war der Tod, den sie als schönen, ersten Jüngling bildeten, der gültige Bruder des Schlafes; heute aber ist für die meisten sein Symbol das Knochengerippe mit Sense und Stundenglas, das sich aus der mittelalterlichen Vorstellungswelt bis in unsere Gegenwart rettet. Hierin mag unbewußt die Hauptursache liegen, daß so viele Menschen sich scheuen, ihn auch nur zu nennen, geschweige denn über ihn sprechen zu hören. So hat das aktuelle Thema „Feuerbestattung und Freidenkertum“, über das Max Sievers im Deutschen Ronistenbund referierte, nicht allzu viele angezogen; man hätte gemüncht, daß eine größere Schar seinen Ausführungen gefolgt wäre. — Der Redner legte in seinem Bericht, der sich im wesentlichen auf das rein Sachliche beschränkte, die Gründe klar, die für die Feuerbestattung sprechen; sie dient der Hygiene durch die sofortige Vernichtung der sonst der langsamen Verwesung preisgegebenen Leichen; sie ist vom Standpunkte der Volkswirtschaft vorzuziehen, da die Leichenreste nur einen kleinen Raum zur Unterbringung benötigen, während zur Erd-

bestattung bei niedriger Schätzung jährlich circa 1 200 000 Quadratmeter Land gebraucht werden; jedes Grab aber besteht mindestens 20 Jahre — man kann sich ausrechnen, welche Fläche nutzbarer Bodens die Toten den Lebenden rauben. Langsam, aber unaufhaltsam bringt das Verhängnis das, daß die Totenbestattung durch das Feuer die einzig zeitgemäße ist, in weite Volkskreise. Der Vortragende gab dann einen Ueberblick über den Zusammenhang von Religion und Totenkult. Die Erdbestattung, ursprünglich nur in holzarmen Ländern geübt, wurde vom Christentum übernommen, da sie eine Stütze der Auferstehungslehre bot. Im 800. erließ Karl der Große ein Dekret, wonach die Todesstrafe verhängt wurde über alle, die die Totenverbrennung übten; die Kontrolle darüber übertrug er der Kirche. Als im Jahre 1874 zum ersten Male in Deutschland die Forderung nach der Feuerbestattung laut wurde, erhob sich ein lebhafter Streit der Meinungen. Gleichwohl konnte bereits 1878 in Gotha das erste Krematorium errichtet werden; in Preußen ist der Bau von Krematorien erst seit 1911 zulässig. Noch immer stoßen die Kämpfer für die Leicheneinführung an den verschiedensten Stellen auf Schwierigkeiten; die Beispiele, die der Redner dafür brachte, wirkten oft geradezu grotesk. Trotzdem hat sich die Bewegung so ausbreiten können, daß der Verein für Feuerbestattung und Freidenkertum, der vor 20 Jahren nur 12 Mitglieder hatte, heute deren über 400 000 aufweist; ähnliche kleinere Vereine, die ihren Angehörigen nicht die Trennung von der Kirche zur Pflicht machen, mögen nominal einige hunderttausend Mitglieder zählen. Max Sievers schloß seinen Vortrag mit den Worten, daß gerade dieser Kampf um die Feuerbestattung gezeigt habe, daß der einzelne, wenn er sich zur Masse zusammenschließt, eine Macht ist, deren Vorwärtsschreiten durch keine Hindernisse aufgehalten werden kann.

Entschlich . . . !

Unseren privilegierten Patrioten war der Uniformierte seit jeher ein ganz besonderes Prachtexemplar der Spezies Mensch. Das dürfen sie heute nicht mehr so öffentlich zu erkennen geben. Aber manchmal passieren den Herren von der Rechten kleine Malheurchen, . . . Unglücksfälle, die so recht die Geistesverfassung dieser selbstamen Auslese von Köpfen offenbaren. Minutenbilder von solch trostloser Deutlichkeit, daß alle zungengewandten Kunststücken im Halse erstickt und die Wirklichkeit übergehend vor uns hintritt. In der „Kreuz-Zeitung“ behandelt ein eifriger Gehilfe die Beratungen des Kultus-Untersuchungsausschusses in einem Kommentar und schreibt bei Ermahnung der Aussagen des Baltischerhauptsings v. d. Goltz folgenden köstlichen Satz:

„Sollen wir es wirklich erleben, daß General v. d. Goltz stundenlang auf dem Korridor oder in einem Nebenraum auf den Kamensaufzug warten muß?“

Wieder, entschlich! Ein Herr v. d. Goltz wie andere gewöhnliche Sterbliche wartend auf den Korridoren? Welch gefährlicher Diebesjismus. Das schlägt aller Tradition unerhört ins Gesicht. Fürchterliches plump rote Heimitude und der trübenreine Kummer des „Mit-Gott-für-König-und-Vaterland-Organ“ zeigt warnend die fürchterliche Gefahr. Die Weltrevolution scheint da. Ein General v. d. Goltz wartet auf dem muffigen Korridor. „Nachbarin, Cuor Mädchen . . .“

Wiederaufnahme im Prozeß Eggert abgelehnt.

In dem Kampf des Stadtrats Eggert in Spandau, der vom Schwurgericht des Landgerichts III im Oktober vorigen Jahres wegen Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist jetzt eine wichtige Entscheidung getroffen worden. Nach der Vertagung des zweiten Teils dieses Meineidsprozesses gegen die Krankeinstadt Wehger, die inzwischen infolge ihres Lungenseidens Anfang Mai verstorben ist, hatten die Rechtsanwälte Dr. Bindar, Dr. Boecker und Dr. Johann den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Stadtrat Eggert gestellt. Sie beriefen sich darauf, daß neue Tatsachen in der zweiten Verhandlung zutage getreten wäre, durch die das Zeugnis der Hauptbelastungszeugin, Frau Baermann, stark erschüttert worden sei. Das Schwurgericht hatte bei der Vertagung beschlossen, Zeugen in Brasilien und Argentinien zu vernehmen über die fraglichen Vorgänge im Staakener Säuglingsheim. Diese schriftlich niedergelegten Auslagen waren inzwischen eingetroffen, und auf erneuten Antrag der Verteidigung hat nunmehr heute die Beschlußkammer des Schwurgerichts, bestehend aus Landgerichtsdirektor Dransfeld als Vorsitzenden und den Landgerichtsräten Fricke und Bornbaum als Beisitzer über den Wiederaufnahmeantrag Beschluß gefaßt. Die drei Richter, die auch an den Schwurgerichtsurteilen gegen Eggert teilgenommen haben, haben den Wiederaufnahmeantrag abgelehnt. In der Begründung wird gesagt, es seien keine neuen Tatsachen nachgewiesen worden. Zwar hätten zwei Freunde Eggerts behauptet, daß in der einen Nacht ein anderer Mann zum Besuch bei der Schwester gewesen sei. Wenn dies richtig wäre, so würde damit die Feststellung des Urteils auch nicht erschüttert werden können, weil die Möglichkeit besteht, daß Eggert erst nach dem Fortgange dieses Besuches zu der Schwester hingegangen sei. Die Zeugen Ehepaar Gösmann und Altenburg hätten mehrmals Eggert aus dem Säuglingsheim herauskommen sehen. Nunmehr ist erneut beim Kammergericht Beschwerde gegen den Beschluß eingelegt worden.

Der neue deutsche Rundfunksender.

Der deutsche Rundfunksender, der auf Welle 1300 Meter arbeiten und zunächst Teile des Berliner Rundfunkprogramms sowie Wirtschaftsnachrichten und Lehrgänge nach Art der Hans-Bredow-Schule verbreiten soll, wird seinen Betrieb etwa in vier Wochen aufnehmen können; er verfügt über eine Antennenenergie von 20 Kilowatt, so daß er in ganz Deutschland und den Randgebieten gehört werden dürfte. Schon jetzt werden täglich die Darbietungen des Vorhauses von 9 Uhr abends ab durch einen 5-Kilowatt-Röhrensender verbreitet. Die Antenne des neuen Senders wird von einem 235 Meter hohen, freistehenden Turm getragen. — Ende vorigen Monats fanden Senderversuche zweier neuer Kurzwellensender POX und POW in Rauen statt, die mit Welle 26 bzw. 42 Meter sandten; die Versuche wurden in Europa, in den benachbarten Staaten, in Argentinien, in Java und Japan mit Erfolg beobachtet.

Mittelfeuer. In einem Schuppen der Bauhilfserei Poite und Rötle, Mohldorf, Königsweg 82, brach Freitag mittag wahrscheinlich durch Selbstentzündung Feuer aus, das in den dort lagernden Holzpfeilen reichliche Nahrung fand. Die Mohldorfer und Köpenicker Feuerwehren waren über drei Stunden mit Aufarbeiten beschäftigt. Ein schwerer Schaden ist jedoch nicht entstanden.

Von einer Zyklolette überfahren wurde am Freitag vormittag in der Hennstraße die fünfjährige Erna Matthias. Das Kind wurde mit einem schweren Schädelbruch nach dem Birkow-Krankenhaus gebracht, wo es später starb.

Die Leitung der Bauausstellung im Sportpalast und in der Philharmonie teilt uns mit, daß die Ausstellung auch über Pfingsten noch für das Publikum geöffnet bleibt. Interessenten wird der Besuch dringend empfohlen.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 30. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

3.35 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Direktor Julius Glück: „Esperanto“. 4 Uhr nachm.: Jugendbühne. Leitung: Alfred Brann. „Die Journalisten“, von Gustav Freytag. Mitwirkende: Oberst a. D. Berg; Adelheid Runek; Konrad Holz. Redakteur der Zeitung „Union“; Bellmann, Mitarbeiter; Piepenbrink, Weinbändler und Wahlmann; Gutsbesitzer Sander; Professor Oldendorf, Redakteur. Kämpfe, Mitarbeiter, Körner, Mitarbeiter der Zeitung „Union“; Müller, Faktotum bei diesem; Blumenberg, Redakteur und Buchdrucker Henning, Eigentümer der Zeitung „Union“; Schmook, Mitarbeiter der Zeitung „Coriolan“; Ida, Tochter des Oberst a. D. Berg; Lotte, Frau des Piepenbrink; Berta, beider Tochter; Kleinmichel, Bürger und Wahlmann; Fritz, dessen Sohn; Justizrat Schwarz; Korb, Schreiber vom Guts Adelheids; Karl, Bedienter des Obersten; eine fremde Tänzerin; ein Kellner; Ressortcorrespondent, Deputation der Bürgerschaft. Ori der Handlung: Die Hauptstadt einer Provinz. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Spiel und Sport. Major a. D. v. Tschudi: „Der deutsche Rundfunk“. 8 Uhr abends: Zum Andenken an Dante Alighieri (geb. 30. Mai 1265): Dr. Jo Lherman: „Dante, der Mann und das Werk“. Anschließend: Dante-Rezitationen. 9 Uhr abends: Lustige Weisen. 1. Blankenburg Festjubiläum. Marsch. 2. J. Strauß: Ouvertüre zu der Operette „Der Waldmeister“. 3. Kálmán: Tanzes möcht ich, Walzer. 4. Morana: Leben in die Bude. Potpourri. 5. Lindsay-Theimer: Meister Spleen, Humoreske. 6. Manfred: Die Spieldose. 7. Jessel: Potpourri aus der Operette „Das Schwarzwaldmädchen“. 8. Robert Stolz: Mädi (Berliner Funkkapelle). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.



mit knusprigen Makronen

Der reine Mandelduft und der zarte Marzipangeschmack machen diesen Pudding zum Liebling aller Feinschmecker und zu einem wirklichen

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

Steuerdruck und Volkseinkommen.

Was bleibt vom Arbeitsverdienst?

Zwölf Gesetzesvorlagen, von denen neun die Steuererhebung, zwei die Auswertung und eine die Zölle betreffen, sollen die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik für die Zukunft bestimmen. Wir stehen inmitten einer Steuerreform, deren Gesicht ganz wesentlich durch die Höhe der Zolleinnahmen beeinflusst werden soll, und wir haben eine weitere Belastung des Volkes vor uns, was durch die endgültige Zerstörung seiner Aufwertungswünsche um die letzte Reserve, auf deren Wiederaufleben es hoffte, gebracht worden ist.

Die augenblickliche Reichsregierung hat demnach bis heute noch nicht einmal überschlägig berechnet, ob die breiten Massen des Volkes die beabsichtigte ungeheuerliche Belastungsprobe überhaupt auszuhalten vermögen. Deswegen sei hier einmal von verschiedenen Seiten aus untersucht, wie es mit der steuerlichen und sonstigen Belastung des Volkes in Wirklichkeit aussieht. Naturgemäß ergeben Durchschnittsberechnungen immer nur ideale Zahlen, aber gerade diese haben die stärkste Beweiskraft, weil sie nicht von den Zufällen der Einzelgrundlage beeinflusst werden können, sondern aus größten Zahleneinheiten erwachsen.

Nach den Angaben des Reichsfinanzministeriums haben wir in Deutschland 28 Millionen Einkommensteuerpflichtige. Davon stehen 21 Millionen in Lohn und Gehalt, sie leisten ihre Einkommensteuer auf dem Wege des Lohn- und Gehaltsabzuges. Die restlichen sieben Millionen Einkommensteuerpflichtigen zahlen ihre Steuer auf Grund der Selbsteinschätzung, im alten bekannten Veranlagungsverfahren.

Das Einkommen an Einkommensteuer betrug im Finanzjahr 1924/25 (1. April 1924 bis Ende März 1925)

an Lohn- und Gehaltsabzug	1.329 Millionen
durch Selbsteinschätzung	502
auf 2.191 Millionen	

Es wäre außerordentlich interessant, an der Hand dieser Steuer auf das allgemeine Volkseinkommen Schlüsse zu ziehen. Leider hat es die deutschnational-volksparteiliche Reichsregierung bei einer Berechnung des Lohn- und Gehaltseinkommens bewenden lassen. Sie nimmt an, daß der durchschnittliche Einkommensteuerabzug 8,7 Proz. beträgt (bei durchschnittlich 2,3 Köpfen pro Familie), rechnet dazu, was an Einkommen steuerfrei bleibt, und stellt an Hand dieser Ziffern die lächerliche Behauptung auf, das Einkommen der Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen habe im Jahre 1924/25 rund 30,2 Milliarden Goldmark betragen!

Man rechne einmal auf dieser Basis weiter! Die Landwirtschaft hat im Organ des Reichslandbundes einen Herrn Dr. Glaeken errechnen lassen, daß die Landwirtschaft 11 Milliarden Jahreseinkommen habe. Dies fällt, soweit es einkommensteuerpflichtig ist, unter die Gruppe jener 7 Millionen Jeniten, die sich selbst einschätzen. Zu dieser gehören aber auch Handwerk, Handel und Industrie, Bankiers und Rentenspeicher. Ihnen muß man doch mindestens das gleiche Einkommen zuerkennen, das die Landwirtschaft hat. So können wir — auf der Basis der Berechnungen des Reichsfinanzministeriums — letzten Endes zu einem Jahreseinkommen von nahezu 55 Goldmilliarden kommen.

Von dieser Ziffer ist die Geldentwertung (etwa 40 Proz.) abzuziehen; dennoch: auch der blindwütigste Ententevertreter wird erklären, daß die Ziffer nicht stimmen kann. Warum hat aber die derzeitige Reichsregierung für die Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen so hoch und schließlich falsch gerechnet, wollte sie dem Volke ein hohes Einkommen vorpiegeln, um aus seinen Taschen recht viel herausnehmen zu können? Oder wollte man zu hohen Zahlen kommen, um den Lohnsteuerabbau recht schrecklich erscheinen zu lassen?

Es wird schwer sein, auf diese Fragen eine klare Antwort zu bekommen.

Auf der anderen Seite ist das Charakteristische, daß sogar die viel zu hoch greifende Einkommensziffer der Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen schon eine bedrückende Belastung durch Steuern, Zölle und Abgaben ergibt, man muß nur nach der anderen Seite rechnen als das Reichsministerium getan hat.

Es ist unbestritten, daß rund 80 Proz. des gesamten Einkommens an Reichseinnahmen aus Massenbelastung entstehen.

Was bleibt den Lohn- und Gehaltsempfängern?

Die gesamten Reichseinnahmen werden für 1925/26 etwa 8 Milliarden betragen, dazu kommen 3,3 Milliarden Lasten, die zugunsten der Länder und Gemeinden zu tragen sind, und die Ueberlässe der Post (etwa 0,2 Milliarden). Von dieser Volkseinkommen (11,5 : 80 Proz.) entfallen rund 8,7 Milliarden auf die breite Masse. Dies sind die 21 Millionen Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen, die

nach der Errechnung der Reichsregierung etwa 48 bis 49 Millionen der gesamten Bevölkerungszahl Deutschlands ausmachen.

Für deren Einkommen ergibt sich dann die folgende Berechnung:

Jahreseinkommen der lohnpflichtigen Arbeiter, Angestellten, Beamten	30,2 Milliarden
Davon gehen ab:	
Steuernlast	8,7
Soziallast des Arbeitnehmers	0,9
Vorausrichtliche Belastung durch Zölle mindestens	1,0 auf 10,6

verbleibt Nettojahreseinkommen von 19,6 Milliarden

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß von 1907 bis 1912 nach Brentano jährlich der Reichsstaatskasse durchschnittlich 130 Millionen Mark zufließen, in die Taschen Privater fließen. Dagegen 906 Millionen Zollgewinn. Wir sehen an Zoll und Privatgewinne für das Jahr nicht 1036, sondern nur rund 1000 Millionen ein.

Von diesen 19,6 Milliarden Nettoeinkommen leben in Deutschland 21 Millionen Steuerpflichtige, mit Familienangehörigen zusammen etwa 48 bis 49 Millionen Köpfe. Bei Durchschnittsberechnung dieser Ziffer ist zu beachten, daß ein Teil der Gehaltssteuerpflichtigen (Bezieher hoher Gehälter) noch anderes Einkommen haben (Vermögen, Spekulationsgewinne ufm.), auf der anderen Seite ist zu beachten, daß die Familie der Bezieher kleinster Einkommen meist nicht aus nur 2,3 Köpfen, sondern aus erheblich mehr Familienmitgliedern besteht. Positive und negative Korrektur der Gesamtzahlen heben sich deswegen auf.

Was ergibt sich demnach?

Das Nettoeinkommen der Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen beträgt für die Durchschnittsfamilie von 2,3 Köpfen

jährlich ganze 933 Mark!

Auf das einzelne Familienmitglied entfallen demnach im Durchschnitt 406 Mark.

Bei den vorstehenden Ziffern muß immer wieder betont werden, daß sie nicht auf Grundlagen beruhen, die aus der Luft gegriffen sind, sie stammen aus dem Reichsfinanzministerium des Herrn v. Schlabach, und sind, wie schon erläutert, viel zu hoch! In der eben im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienenen Arbeit „Gegen das Steuerrecht“, die sehr beachtliche Untersuchungsergebnisse der freigewerkschaftlichen Steuerkommission bringt, berechnet Prof. Dr. Hirsch, Staatssekretär z. D., die Not des Volkes auf anderem Wege.

Staatssekretär Hirsch geht ebenfalls aus von einer Volksbelastung in Höhe von 11,5 Milliarden aus (8 Milliarden Reichseinnahmen, 3,3 Milliarden Länder und Kommunen, 0,2 Milliarden Postüberschuß). Gegenüber der Vorkriegsbelastung (insgesamt 5,4 Milliarden) ist schon die heutige öffentliche Belastung weit mehr als um das Doppelte gestiegen.

Die tatsächliche Belastung des deutschen Volkes betrug nach Hirsch in der Vorkriegszeit in dem größeren und zweifellos reicheren Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 85 Mark oder für die vierköpfige Familie einschließlich der Zölle, direkten und indirekten Steuern sowie des Schuldendienstes 340 Mark. Dagegen beträgt die gegenwärtige Belastung auf den Kopf des Deutschen 180 Mark oder auf die vierköpfige Familie rund 750 Mark!

Es wäre eine beachtliche Tat, wenn die augenblickliche Reichsregierung zu ihrem Teil einmal errechnete, was jeder Deutsche an Lasten zu tragen hat; sie möge dabei nur nicht vergessen, die Unterlagen noch einmal nachprüfen. Wir werden vergeblich auf jene Zahlen warten. Ist doch bis jetzt noch nicht einmal vom Reichsfinanzministerium bekannt gegeben worden, wie hoch die Zolleinnahmen bei Annahme ihrer Zollvorlage schätzt!

Man sieht es am liebsten, wenn die andern schweigend Zahlen. Und damit ihnen das leichter wird, errechnet man ihnen ein hohes Einkommen, wobei im Uebereifer auch noch außer acht gelassen wird, daß die Rechenkunststücke des Reichsfinanzministeriums dem deutschen Volke womöglich bei der Wiedergutmachung als Zuschlag angerechnet werden.

Das Volk ist in Rot, die Reichsregierung rechnet falsch und — wo bleibt der auf allen Plakataufhängen angeführte Reiter?

R. Hg.

Verlängerung des deutsch-schweizerischen Kohlenabkommens. Die in Prag geschlossenen Verhandlungen über das deutsch-schweizerische Kohlenabkommen haben zu einer Vereinbarung geführt, nach welcher das bisherige Abkommen ohne Änderung bis zum 31. Oktober 1925 verlängert wurde.

Agrarische Kosten- und Preisstatistik.

Zu der unter der Ueberschrift „Die schweigmächtige Hauptlandwirtschaftskammer“ in Nr. 231 des „Vorwärts“ abgedruckten Notiz reißt uns die preussische Hauptlandwirtschaftskammer eine Entgegnung ein. Die entscheidenden Sätze lauten:

„Für die wegen des verfügbaren Platzes notwendige Auswahl der zu berücksichtigenden Gegenstände sind Zweckmäßigkeitserwägungen und keine tendenziösen Absichten maßgebend gewesen. Hätten letztere miteingesprochen, so wäre es ein Leichtes gewesen, die Preisverhältnisse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die seinerzeit für die Landwirtschaft besonders ungünstig waren, stark in den Vordergrund treten zu lassen. Man hätte nur, wie der „Vorwärts“ jetzt anregt, alle landwirtschaftlichen Getreidearten und dergleichen berücksichtigten und andererseits auch zahlreiche Betriebsmittel, so z. B. Handelsfuttermittel, heranzuziehen brauchen. Die größere Zahl der Düngemittel, welche sich in den Preiszusammenstellungen findet, ist darauf zurückzuführen, daß seinerzeit ganz erhebliche relative Preisunterschiede bestanden und diesbezüglichen Wünschen seitens der Industrien nachgekommen werden sollte. Im allgemeinen sind aber von jeder Gruppe der Bedarfsgegenstände immer nur eine oder zwei Arten herangezogen worden, also z. B. unter Futtermitteln Mais, unter Getreide Roggen, unter Hackfrüchten Kartoffeln, unter den Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Nebengewerbe Butter usw. Der Ueberblick, den derartige Uebersichten, wie die vorliegende, abgeben sollen, wird sicherlich dadurch sein vollständiger und besserer, daß man die Zahl der Gegenstände beliebig ausdehnt. Daraus ergibt sich die notwendige Beschränkung, die auch deshalb begründet ist, weil zwischen den Preisen von Gegenständen einer Gruppe, also z. B. den verschiedenen Getreidearten, oder den verschiedenen Erzeugnissen in der Landwirtschaft ein bestimmter fester Zusammenhang zu bestehen pflegt, so daß also die Heranziehung eines Gegenstandes in diesem Falle durchaus genügt.“

Es kommt hinzu, daß der Ueberblick verloren geht, wenn die Auswahl der herangezogenen Gegenstände wiederholt wechselt; das ist, wie ausdrücklich hervorgehoben werden muß, nicht geschehen, schon mit Rücksicht darauf, daß dann der Verdacht tendenziöser Absichten näher gelegen hätte.

Nach alledem liegt für die Hauptlandwirtschaftskammer keine Veranlassung vor, eine Veränderung in den Preiszusammenstellungen, so wie der „Vorwärts“ es wünscht, vorzunehmen. Sie wird sich auch weiter von rein sachlichen (?) Erwägungen hierbei leiten lassen.“

Dazu haben wir unjenerseits zu bemerken: Die Erwiderung geht an unserer Kritik vorbei. Unter den Betriebsmitteln der Landwirtschaft, die die Hauptlandwirtschaftskammer in ihrer Statistik berücksichtigt, befinden sich einige, die auf die landwirtschaftliche Produktion von geringem oder gar keinem Einfluß sind. Dazu gehören Stabeisen, das als solches vom Landwirt überhaupt nicht gebraucht wird. Daneben stehen Betriebsmittel, die den Kostenstand der landwirtschaftlichen Produktion geradezu entscheidend beeinflussen. Stickstoff und Kali, die billig sind und besonders im Großbetrieb viel gebraucht werden, stehen neben Seiler- und Bewässerungsanlagen, an denen der Aufwand in gleichartigen Betrieben nur gering ist. So wird — ob gemollt oder nicht — der Erndtverlust erzwungen, daß die Kosten der agrarischen Produktion viel höher sind als es in Wirklichkeit der Fall ist. Diefelbe „Gründlichkeit“, mit der man die sachlichen Betriebsmittel aufzählt, ist auf der anderen Seite, wo die Einnahmen der Landwirtschaft in Betracht kommen, zu bemerken. Ein grundsätzlicher und nicht abzustellender Fehler ist aber noch auf der Betriebskostenseite. Zu einer vollständigen Aufzählung der Betriebskosten gehört, daß bei den Preisen für Betriebsmittel der Landarbeiterlohn, der ja einen erheblichen Faktor in der landwirtschaftlichen Produktionskostenrechnung ausmachen soll, gemüßigt wird. Die Zusammenstellung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse müßte, soll sie objektiv sein, auf dieselbe Zahl von Kriterien ausgehend werden, auf die man die Zusammenstellung der Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ausgehend hat. Ein wiederholter „Wechsel“ der zur Berechnung herangezogenen Gegenstände ist dazu nicht erforderlich.

Es bleiben eben nur zwei Möglichkeiten. Entweder, man will die Lage der Landwirtschaft tendenziös darstellen — dann sind die Statistiken der Hauptlandwirtschaftskammer dazu unbedingt geeignet. Oder man will objektiv arbeiten — dann bedarf es einer Korrektur der Aufstellung. Will diese aber sie nicht abändern, so bleibt es eben Pflicht der Arbeiterpresse, vor falschen Schlüssen zu warnen. Die Fabel, daß die Landwirtschaft heute wegen zu hoher Produktionskosten Schutzzölle braucht, wird nicht durch gefärbte Berichte zur Wahrheit, auch dann nicht, wenn die Hauptlandwirtschaftskammer mit ihren Veröffentlichungen sich und ihre Anhänger täuscht.

Billiger Sonnabend bei

JANDORF

Rucksäcke

aus gutem dauerhaften Stoff, mit Leder-Riemen, für Knaben und Mädchen. 0.85

Badewäsche

- Frottierhandtuch aus Kräuselstoff 1.45
- Badelaken für Kinder, aus Kräuselstoff 3.25
- Badelaken, guter Kräuselstoff, ca. 125x160 cm 6.90
- Bademantel für Damen oder Herren 13.75
- Bade-Trikot für Kinder 1.35
- Bade-Trikot für Damen, schwarz, farbiger Besatz 1.90
- Bade-Trikot für Ueberrock u. farbigen Besatz 3.65
- Bade-Kappe aus Gummi in viel. Farben 0.65

Schuhwaren

- Spangenschuhe 2 Knopf, Chromchessau 6.90
- Schnürschuhe braun Chessau, mod. Form, Rahmenarbeit 10.50
- Spangenschuhe braun Boxkalf, moderne Form, franz. Absatz 13.90
- Herrenstiefel u. Halbschuhe, braun Boxkalf, Rahmenarbeit 16.50

Weißwaren

- Bubikragen steife Form, gute Qualität 0.55
- Bubikragen lange Form, aus gutem Rip 0.95
- Kindergarnituren Kragen und Manschetten, gut. Rip m. Stickereigarn 1.35
- Gürtel weiß, Glacéleder 1.75
- Herrenartikel
- Oberhemden einfarbig, m. Krag, Umschlagmanschetten 6.90
- Oberhemden moderne, keine Streifen, mit 2 Kragen 8.90
- Oberhemden weißblau-rosa, 2 Krag 12.75
- Sporikragen aus gutem Rip-Picker 0.55
- Selbstbinder breite Form, mod. Muster 1.95
- Stroh Hüte Mädelst. form 2.50

Wirkwaren

- Damenstrümpfe halbbare Qualität, weiß, schwarz und farbig 0.95
- Damenstrümpfe prima Mako, mit breitem Doppelrand, Doppelsoble u. Hochferse, farb. u. schw. 1.45
- Damenstrümpfe besser Seidenflor, farbiger Doppelrand, weiß, farbig 1.95
- Herren-Socken farbige und schwarz, gute halbbare Qualität 0.75
- Kinder-Söckchen farbige mit Wollrand, gute Qualität, Größe 1 Jede weitere Größe 10 Pf. mehr 0.55
- Einsatzhemden für Herren, weiß, makofarbiger Kumpf, 3 Größen 2.95
- Herren-Hemden u. Hoson, makofarbig 1.95
- Schluphosen farbige 1.55
- Hemdhoson für Damen, Kunstseide, farbige 3.95

Waschkleidung

- Waschanzug für Knaben, Kieler Art, aus blau-weiß gestreiftem Kretonne, für 3 Jahre 3.90
- Anknöpf-Anzug in verschiedenen schönen Ausführungen, 1. 3 Jahre 4.40
- Jede weitere Größe 0.50 mehr für Knab. 2.25
- aus gutem blauen Körper od. Satin, m. Gürtel, 3 Jahre (Jede weitere Größe 0.25 mehr)



Voll-Volle-Kleid entzückende Muster, feine Form, mit weißem Voller-Kragen und Krawatte 15.50

Straßenkleid aus Masanlin-Imitation, reizende Façon, mit einfarbigem Passep, in vielen Mustern 4.95



Filzhut kleidsamer Trotteur gute Qualität 7.50



Morocainhut feine Form, mit Blumengarnitur 8.75

Korsetten

- Büstenhalter aus Wäschestoff, Rückenschl. 0.55
- Büstenhalter aus Wäschestoff, weiß und rosa, Vordererschluß 0.65
- Hüthalter aus Dreil. mit Gummi, waschbaren Einlagen und Haltern 1.65
- Hüthgürtel aus gut. Dreil. mit breitem Gummistreifen und 4 Haltern 2.65

Belle-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Str.

Das Getränk meines Bruders Elias.

Aus dem Jüdischen des Schalom-Meichem.

(Autorisierte Uebersetzung.)

(Schluß.)

IV.

Unser Geschäft geht wie geschmiert. Die Tage werden immer heißer, die Menschen wissen nicht, wo sie vor der Hitze hin sollen, die Kinder sterben wie die Fliegen. Ohne Kwach könnte man erstickten. Ich komme zehnmal täglich nach Hause, um neuen Kwach zu holen. Elias bemerkt, daß der Kwach bald zu Ende geht, und es fällt ihm ein, ein paar Eimer Wasser in das Faß zu gießen. Ich muß euch sagen, daß ich mit eigenem Verstand schon viel früher darauf gekommen bin. Fast täglich gehe ich zu unserer Nachbarin Pehja und traktiere dort alle mit dem Kwach unserer Fabrikation. Ich biete Pehja ein Glaschen an, ihrem Mann Moische zwei — er ist doch ein prächtiger Mensch! —, allen ihren Kindern — zehn an der Zahl — je ein Glas, sie sollen auch wissen, was für ein feines Getränk wir brauen! Dann muß ich noch den alten, blinden Onkel bemerken, er tut einem so leid, der unglückliche Mann. Und um den Verlust wieder zu ersehen, fülle ich meine Kanne mit Wasser voll: an Stelle eines verbotenen Glases Kwach goß ich in die Kanne zwei Glas Wasser. Jetzt machen zu Hause es alle ebenso, und unser Faß bleibt immer voll. Nicht ein Tropfen geht verloren, und wir verdienen sehr gut.

Mama bezahlt allmählich die alten Schulden, sie hat die notwendigsten Sachen vom Leihhaus zurückgeholt, im Hause gibt es wieder einen Tisch und eine Bank, an den Sonntagen essen wir Weizenbrot, Fleisch und Fisch. Wir hat man sogar ein Paar Stiefel versprochen, nein, wirklich — wem geht es besser als mir?

V.

Wer hätte gedacht, daß unser Kwach plötzlich seinen ganzen Wert verlieren würde? Ein Glück noch, daß wir nicht ins Gefängnis kamen.

Ich war eines Tages wieder bei der Nachbarin Pehja und bewirtete dort alle, ohne mich selbst zu vergessen. Es fehlten mir nach meiner Berechnung so dreizehn, vierzehn Glas Kwach, ich ging in die Küche, wo sie das Wasser halten, doch anstatt an das Wasserfaß, kam ich an das Waschfaß. Ich gleiche an die zwanzig Glas in meine Kanne und gehe, ein neues Liedchen singend, auf die Straße.

Ein Jude hält mich an, zahlt eine Kopete und bittet um ein Glas Kwach. Er trinkt und krümmt sich:

„Junge, was hast du da für ein Getränk?“

Ich kümmerne mich wenig um ihn, schon stehen zwei andere Käufer da und warten auf ihre Portion. Der eine schluckt ein halbes Glas hinunter, der andere nur ein Drittel; sie zahlen, spucken aus und gehen. Ein anderer bringt das Glas an seine Nase, probiert das Getränk und sagt, es stinke nach Sesse und habe einen salzigen Beigeschmack. Der folgende sieht ins Glas hinein, riecht daran und gibt es mir zurück:

„Was hast du da?“

„Kwach.“

„Das ist kein Kwach, das ist Schweinsbrühe!“

Es kommt ein neuer Käufer. Dieser kostet den Kwach und gießt mir das ganze Glas auf den Kopf. Alle schreien nun, erheben sich, fuchteln mit den Händen. Ein Schuhmann sieht die Menge, kommt näher und fragt, was los ist. Man erzählt ihm, er kommt auf mich zu, guckt in die Kanne und beschließt mir, ihm ein Glas einzuschicken. Er trinkt in die Kanne und beschließt mich an:

„Wo hast du das Spülisch her?“

„Er wird nach dem Buche gemacht,“ sage ich, „mein Bruder macht den Kwach, selbst braut er ihn.“

„Wer ist dein Bruder?“

„Elias.“

„Was für ein Elias?“

„Sprich nicht von deinem Bruder, du Dummkopf!“ sagen gleichzeitig mehrere Juden auf jüdisch. Es entsteht ein großer Lärm, mit jeder Minute kommen mehr Menschen hinzu. Der Schuhmann hält mich an der Hand und will mich ins Polizeirevier führen.

„Schade, um den armen Jungen! Er ist eine Waise!“ höre ich von allen Seiten und mein Herz ahnt, daß die Sache ein schlechtes Ende nimmt. Ich sehe die Menge an: „Habt Mitleid, ihr Juden!“

Man will schon dem Schuhmann was in die Hand drücken, er nimmt aber nichts an. Plötzlich wendet sich ein alter Jude mit listigen Augen an mich:

„Du, Kleiner, reiß mal die Hand los und zeige deine Fersen!“

Ich reiße meine Hand schnell heraus und laufe im vollen Galopp direkt nach Hause. Halb tot, halb lebendig stürze ich ins Zimmer.

„Wo ist die Kanne?“ fragt Elias.

„Auf der Polizei,“ antworte ich mit großer Mühe und werfe mich in Mamas Schoß.

VI.

Bin ich aber ein dummer Kerl! Ich dachte, man wird mich aufhängen, weil ich schlechten Kwach verkauft habe. Nichts dergleichen ist geschehen, umsonst habe ich die Angst gehabt.

„Verkauft doch heute Tzig anstatt Gänseschmaß, und der Schlächter Gedolje hat ein ganzes Jahr lang die Bevölkerung mit verdorbenem Fleisch gespeist, ohne daß ihm was passiert wäre!“ tröstete die Nachbarin Pehja meine Mutter.

Eine sonderbare Frau ist meine Mutter: alles betrübt sie. Mein Bruder Elias ist in dieser Beziehung viel besser, er macht sich nichts aus diesem Mißerfolg. Hat er doch das Buch, das er bereits auswendig kennt, und darin gibt es noch so viele Rezepte! Jetzt will er Tinte fabrizieren.

Etwas von Einstein.

Von Dr. B. Borchardt.

Als durch unseren militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch die Staatsumwälzung ausgelöst wurde, richtete unser leider viel zu früh verstorbener Genosse Dr. Leo Brons in seinem anverwundlichen Optimismus von seinem Krankenlager aus am 11. November 1918 einen Offenen Brief an Rektor und Senat der Universität Berlin, worin er sie aufforderte, einen Kongreß aller geistigen Kräfte zu veranstalten, damit diese sich in selbstbewußter Organisation der Regierung und dem neuen Staat zur Verfügung stellen, um die geistigen Kräfte der Nation für die Neugestaltung von Groß-Deutsch-

Wilhelma.



Endlich ist es gelungen, auch den letzten der aus dem Zoo entwichenen Schimpansen in einem dort in der Nähe liegenden Lokal festzunehmen. Er war auf seiner Flucht über die Dächer in ein Warenhaus an der Tauentzienstraße eingestiegen, hatte sich europäisch eingekleidet und war bei einem feudalen Korps aktiv geworden.

land nutzbar zu machen. Er erhielt zwar manche Zustimmung, aber auch mancherlei Zweifel wurden geäußert, daß die Universitätslehrer sich an die Spitze einer geistigen Bewegung stellen könnten. Einstein schrieb: „Die Professoren haben in diesen Kriegen zur Geltung gezeigt, daß man von ihnen in politischen Dingen nichts lernen kann, daß es dagegen dringend notwendig ist, daß sie eins lernen, nämlich Maul halten! Deshalb kann ich mich Ihrem Vorschlage nicht anschließen.“

Kronas mußte zwar die Berechtigung der erhobenen Zweifel zugeben, aber, getragen von der idealen Befinnung, die allen, die diesem seltenen Menschen im Leben nahegetreten konnten, so wohl bekannt ist, gab er seine Bemühungen um Heranziehung der geistigen Kräfte unter Führung der Berliner Universität nicht auf — mit welchem Erfolg, ist nur zu bekannt. Die Richtung, in welche die Verehrung, die die Arbeiterschaft für die Männer der reinen Wissenschaft von jeher gehabt hat, nicht zum Vorteil beider Seiten vielfach umgeschlagen ist, beruht fast ausschließlich auf der vollkommenen Ignoranz, welche diese Kreise in politischen Dingen gezeigt haben und die sie in das Lager des oedesten und blödesten Nationalismus geführt hat.

Einstein ist allerdings eine seltene Ausnahme, er ist Sozialist und Pazifist. Am bekanntesten aber ist er doch als naturwissenschaftlicher Forscher und Schöpfer der Relativitätstheorie. Ich will versuchen, diese rein physikalische Lehre dem Verständnis etwas näher zu bringen, zum mindesten zu zeigen, von welchem Problem sie ihren Ausgang genommen hat.

Daß eine Bewegung eines Körpers, d. h. eine Ortsveränderung mit der Zeit immer nur mit Bezug auf einen anderen als ruhend vorausgesetzten Körpers beschrieben werden kann, ist ja selbstverständlich. Insofern muß also alle Bewegung relativ, d. h. bezogen auf etwas Ruhendes sein. Aber eine andere Frage ist doch, ob nicht physikalische Umstände vorhanden sein können oder wirklich vorhanden sind, die eine absolute Bewegung erkennen lassen. Nehmen wir einmal an, daß auf dem Meer in unabsehbarer Entfernung von jedem Gestade und jedem als festen Ruhepunkt ins Auge zu fassenden Körper ein Schiff mit gleichmäßiger Geschwindigkeit dahingleitet, so wird in den Kabinen und auf dem Deck des Schiffes niemand die Bewegung wahrnehmen können. Im Spielraum werden die Billardkugeln sich genau so verhalten, als stände das Schiff still, als wäre es auf dem Meeresgrunde fest verankert. Rißt man aber auf dem Schiff eine Signalfeste oder eine Glocke ertönen und mißt die Geschwindigkeit, mit der der Schall sich ausbreitet, der so durch Erschütterungen der Luft, durch Luftwellen, fortgeplankt wird, so erhält man ein anderes Resultat bei einem fahrenden als bei einem ruhenden Schiff. Die durch die Luft vermittelte Schallausbreitung hat eine Geschwindigkeit von 332 Meter in der Stunde, d. h. in einer Entfernung von 332 Meter vom Ausgangspunkt des Schalles vernimmt man ihn erst nach Verlauf einer Sekunde. Hat sich nun das Schiff in der Richtung, in der man die Schallgeschwindigkeit mißt, in dieser Zeit um 20 Meter fortbewegt, so ist die Schallquelle, die Pfeife oder Glocke auf dem Schiff, 20 Meter vorgeückt und der Punkt, bis zu dem der Schall in einer Sekunde gelangt ist, befindet sich von dieser Schallquelle auf dem Schiff gemessen nur 312 Meter

entfernt, die Schallgeschwindigkeit wird hier also nur zu 312 Meter gefunden. Bei Bewegung des Schiffes in entgegengesetzter Richtung würde sich die Schallgeschwindigkeit zu 352 Meter ergeben. Für die Schallgeschwindigkeit muß man also und erhält auch tatsächlich sehr verschiedene Werte je nach der Bewegung des Schiffes, und umgekehrt kann man aus der Messung der Schallgeschwindigkeit auf dem Schiff seine Bewegung ermitteln und erkennen, seine absolute Bewegung, wenn man das die Erde rings umgebende Luftmeer als absolut ruhend annehmen dürfte, sonst ist seine Bewegung relativ, d. h. bezogen auf die als ruhend angenommene Luftmasse.

Nun verhält sich die Erde mit allem, was auf ihr lebt und webt, ja selbst wie ein Schiff, das zwar nicht im Luftmeer, aber in dem jogg. Äthermeer dahinschwebt. Die Physiker haben den Weltäther oder Lichtäther angenommen, eine überaus feine Substanz, die ohne jedes Gewicht den gesamten Weltraum erfüllt und durch den sich alle Weltkörper ungehemmt und ungehindert hindurchbewegen. Diese Annahme wurde gemacht, um die Ausbreitung des Lichtes, die ähnlich wie die des Schalles in Wellen erfolgt, dem Verständnis begreiflich zu machen. Für die Geschwindigkeit, mit der das Licht sich durch den Raum ausbreitet, ergaben hundertfach wiederholte, überaus feine und genaue Messungen den ungeheuren, fast unvorstellbaren Wert von 300 000 Kilometer in der Sekunde. Ist aber diese Anschauung zutreffend, so mühten Messungen der Lichtgeschwindigkeit auf der Erde, auf diesem im Äthermeer dahinschwebenden Schiff, je nach der Bewegungsrichtung und Bewegungsgeschwindigkeit der Erde, etwas abweichende Werte für die Lichtgeschwindigkeit liefern. Jahrzehntelang haben die Physiker solche Messungen angestellt, als deren Resultat sich die absolute Bewegung der Erde, d. h. die Bewegung bezogen auf den absolut ruhenden Äther ergeben mußte. Die Messungsmethoden wurden allmählich so verfeinert, daß die zu messende Wirkung, wenn sie vorhanden wäre, sich den Physikern auch hätte verraten müssen — aber nichts konnte festgestellt werden, in welcher Jahreszeit, d. h. bei welcher Bewegungsrichtung der Erde und in welcher Fortpflanzungsrichtung des Lichtes auch die Lichtgeschwindigkeit gemessen wurde, immer ergab sich derselbe unveränderte Wert. Hieraus zog Einstein den Schluß, daß die Fragestellung überhaupt keinen Sinn hat, daß die Lichtgeschwindigkeit von der Erdbewegung unabhängig ist, und daß es physikalische Mittel überhaupt nicht gibt, um festzustellen, ob und wie sich die Erde gegen den leeren Raum bewegt, daß also die absolute Bewegung, d. i. die Bewegung gegen den leeren Raum, für uns unerkennbar ist und bleiben wird.

Auf die weiteren Folgerungen, die sich aus dieser Grundlage der berühmten Relativitätstheorie ergeben, kann hier nicht eingegangen werden.

Eine neuartige Rudervorrichtung. Ein englischer Erfinder hat eine neuartige Rudervorrichtung konstruiert, die im wesentlichen aus einer normalen Schiffschraube besteht, deren Antrieb durch Pedale bewirkt wird. Die Vorrichtung kann an jedem Ruderboot befestigt werden und gestattet bei angeblich sehr geringer Anstrengung eine wesentlich größere Geschwindigkeit, als sie mit gewöhnlichen Rudern erzielt werden kann.

